

Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter und Unter-Angestellten in Gemeinde- und Staatsbetrieben

XXXII. Jahrgang

Berlin, 10. Februar 1928

Nummer 6

Inhaltsverzeichnis

Weshalb die Technische Nothilfe nicht notwendig ist	E. D.
Hannover fördert die privatkapitalistische Ferngasversorgung	J. D.
Der Abrechnung entgegen	Mattutat
Arbeitslohn und Arbeitsertrag in der modernen Erwerbswirtschaft	E. A.
Gefrierfleisch- Skandal	• • •
Besichtigung einer Konsumgenossenschaft	Ebl.
Die Tragik, Angestellter zu sein!	W. Schapitz
Die unbekanntenen Bekannten	S. Holey
Genossenschaftliche Eigenproduktion	• • •
Konferenzen der Kämmererarbeiten	• • •
Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Rußland	• • •
Einkaufen gehen	D. Viefen

Gesetz und Recht • Arbeiter- und Angestelltenversicherung • Reichs- und Staatsarbeiters
Aus unserer Bewegung • Aus den deutschen Gewerkschaften • Rundschau • Verbandsstell



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SW. 36, Schlesische Straße 42 / Telephon: Moritzplatz 3105/06, 119 44

Zigaretten

ein feiner Genuss

Zeronth 5 Pf.
Thadmor 4 Pf.
Arbeitersportler 4 Pf.

IM KONSUMVEREIN

Halb verschonkt! Bei 190 cm Deckenlänge kostet 1 m nur 1,30 bis 4 Mk. Das prakt. Geschenk für Geburtstag, Weihnacht, Hochzeit, Wandervogel, bleibt eine federweiche, imit. ca. 2 u. 3 Pfd. schwere

Kamelhaardecke



1,00 u. 1,70 Mk. ohne Nachnahme. Sammelbestell. 10%. Rab. Stand u. Dienstst. angeh. im Sommer weg mit den lästigen Federbetten, die direkt eine Bruststätte von Krankheiten sind. Dafür eine K-Decke. Mehrere 100.000 im Gebrauch.

Oskar Berndt, Seiffhensdorf 7, Sa.
Gegr. 1900. Gerichtet, eingetr. Firma.



SIGURD FAHRRÄDER

TEILZAHLUNG

GARANTIE-RAD 68
SPEZIAL-RAD 44

Katalog gratis von der SIGURD-GESELLSCHAFT, HANNOVER, KASSEL 107

UMSONST

und portofrei versende an jedermann meinen großen Hauptkatalog über Solinger Stahlwaren sowie tausende andere Artikel. Nehmt ihn mit sofort eine Postkarte an:

Emil Jansen, Stahlwarenfabrik und Versandhaus, Wald Nr. 238 u. 239, Solingen

neuen Gänsefedern

billigste u. reellste Bezugsquelle in wie von der Gans gerupft mit vollen Daunen Pfd. 3,00, dieselben doppelt gerissen 3,50, kleine Federn Halbdaunen 5,00, sehr zarte 6,00, dreiviertel Daun. 6,50, gerupfte, gerissene Federn mit Daunen 4,00 u. 5,00, hochprima 5,75, allerfeinste 7,50, la Volltaun. 9,00 u. 10,50. Für reelle staubfr. Ware Garant. Nehme nicht weg, auf meine Kosten zurück. Versand gegen Nachnahme, ab 5 Pfd. portofreie Lieferung. Nicht fischel, Gänsestaun., gegr. 1852, Neu-Trebbin 3, Oderbr.

1 Wochenraten Mark an Meine Preise. Foren Sie kostenlosen Katalog. Sprechanlage 35-47-65

Musikhaus Arthur Orth, Berlin S. 42, Oranienstr. 11, (Ecke Poststr.)

PROMER-PIANOS

12,50 Mk. Abzahlung

Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine guttillende Sorten

1 kg graue, geschliss. M. 3, -
halbweiße M. 4, - weiße M. 5, -
bess. M. 6, - 7, - daunenweiße M. 8, -
10, - beste Sorte M. 12, -
14, - weiße ungeschliss. M. 7, 50,
9, 50, best. Sorte Mk. 11 - Versand portofrei, sollfrei gegen Nachn. Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet. Kredit Sachsel, Lobes Nr. 260, b. Pilsen, Böhm.

Photo Apparate

sehr leichte Zahlungsweise
Freiwillig kostenlos Dresdenia
Kamera-Vertrieb Dresden 22
Spezialhaus für Fotografie

Fahrräder Borussia
das technische Wunder der größten Fahrrad-Fabrik der Welt!
3 Jahre Garantie
8 Tage zur Ansicht
12 Monatsrat. Katalog gratis. Vertriebs-gesucht: Hans W. Müller, Eichenfeld 307, Gosenberestr. 10

la Cyder

portweinhalt. Fruchtwein, feurig 508, 70 Ltr. RM. 8,- franko jeder Bahnstation.

R. Guercke
Glogau-Zarkau
Gegründet 1865 (F)

Nervöse

die an Kopfschmerz, Herzschmerz, Herzaufregung, Schlatlosigkeit, Magenübelkeit usw. leiden, erhalt. kostent. Ravon

E. Köhler, Berlin F. 1187, Hallesches U. 294

Heimarbeitvergnügen

P. Höpfer, Breslau 11b.



1893

NEURO FRISCH Leipzig C. I. G. w. ist die richtige Bezugsquelle für: Handtücher, Wäsche, Toiletten, Wäsche, Gewürze, Lederartikel aller Art, Sonderartikel (P. Sondervorteile bei Sammelbestellungen. Ford. Sie zwecks Umläutes Angeb. postfrei u. unverbindl. für Sie.

Theater- u. Reiseglas

wie Abbild. mit Eyal 3, 25 zum Spottpreis v. M. 2, 90
Gutgeh. Herren-Tasch. 2, 90
Anker-Uhr. von M. 2, 90
Armband-Uhren für Herren und Damen 5, 90
von M. 5, 90
F)

Photo-Kamera, 4 1/2 x 6 cm, nur M. 1, 20
Photo-Platten, -Kassetten, Füllfederhalter, Taschenaufbewahrung usw.
Versand nur unter Nachnahme.
Illustrierter Katalog gratis.

Willy Bock, G. m. b. H., Berlin W 30 / Gw.

Nur Ferge-Spielwaren



ist der Wunsch, all der vielen, hunderttausend Kinder, die unsere Ware kennen, kaufen auch Sie an der Quelle. Verlangen Sie den soeben erschienenen Katalog über Puppen- und Spielwaren, Tausende von Anerkennungs-schreiben. Als Reklame geben wir zu Vorzugspreisen je 100 Dutzend nachstehender Artikel ab unter Nachnahme: (F)

6346/150 Mühsches Sitzbaby mit selbststättiger Mamastimme, Sehpaugen mit Wimper, 50 cm groß, Stück 8,40 Mk.

6142/2752 Unzerbrechli. Lauffuppe mit selbststättiger Mamastimme, gute Ausfüh., 52 cm groß, Stück 2,30 Mk.

6662/160 Volkugelgel. Lauffuppe in pa. Ausfüh., Wimperschulpaugen, la. Preis, 60 cm groß, Stück 9,10 Mk.

6/3 Wundervolle Künstlerpuppe, unzerbrechli., letzte Neuheit mit Mamastimme, 50 cm groß, Stück 11,25 Mk.

W. Ferge & Co., Sonneberg (Thür.)

Wir bieten Ihnen Vorteile

und liefern an solvente Käufer auf Kredit (F)

Bestecke Apaka und 90 Gr. versilb. 25 Jahre Garantie!

Verlangen Sie Katalog od. Muster Poetters & Schäler f. m. Barmen 27, Metallwarenfabrik 33 jähr. Bestehen

DIE SAUERSTOFF-ZAHNPASTA

BIOX

Kleine Tube 50 Pfg.

BIOX ULTRA STARK SCHÜMEND

la Molkereibutter

ragt frisch in 4 u. 1/2 Pfd.-Stück od. in Block

la Emmentaler vollfett
la Emmentaler ohne Knochen
la Stangenlimburger 28 1/2 %
la Alp-Rahmkäse 58 1/2 %
la Alp-Rahmkäse 58 1/2 %
la 60 u. 90 Gr. Stück.
la Camembert 58 1/2 %

versend. in Postpaket netto 9 Pfd. Inhalt frei Haus zum jeweiligen billigsten Tagespreise gegen Nachnahme

F. Schneider
Butter- u. Käsefabrik Mindelheim, Allg. 8. 111

Böhmische Bettfedern

aus erster Hand.

1 Pfd. graue, gute Schlaffeder M. 1, - bessere M. 2, - weiße geschliss. flaumige M. 2, 75 u. 4, - Halbtaun-Horrschlaffeder M. 3, - 3, 50, 4, 25.

1 Pfd. Rußfeder, ungeschlissene, halbweiße M. 2, 25, weiße M. 4, - allerfeinste M. 5, 25. Zollfrei gegen Nachn. von 8 Pfd. aufwärts franko. Nichtpassend. umgetauscht oder Geld zurück. Muster umsonst.

Max Steiner, Klattau Nr. 359 (Böhmerwald)

Musik-Sprech-Apparat

ausführl. Aufklar. Schrift u. Pracht-katalog 85

Sie erhalten aus erster Hand wirklich tolle Preise zu 28, 28, 35, 60, 78, 93 bis zu 6. feststimm. Klein-Federbruch durch Überdrehen (DRP.)

Klar, vollkomm. Naturton. Ganz N. Monaterat. Schallplatte erst. Firmen wöch. ab 15 Pfg. 1

Dr. O. Grahl, Leipzig C. 65

Reellste Bezugsquelle!

Neue Gänsefedern

wie von der Gans gerupft mit voll. Daunen dopp. gereinigt Pfd. 2, 50, dies. beste Qualität 3, 50, nur kl. Federn (Halbdaunen) 5, 00, 1/2 Daunen 6, 75, gerein. gerissene Federn mit Daunen 4, 00 und : 00, hochprima 5, 75, allerfeinste 7, 50, la Volltaunen 9, 00 u. 10, 50. Für reelle staubfr. Ware Garantie. Versand geg. Nachn. ab 5 Pfd. portofrei. Nichtgef. nehme auf meine Kosten zurück. Willy Mantel, Gänsem. gegr. 1852, Neutrebbin 3b (Oderbr.)

Obstweine

(Apfel-, Erdbeer-, Johannisbeeren-, Stachelbeer-, Heidelbeer-, Brombeer-, Kirsch-, Wermutwein usw.)

Edelobst-Marmeladen u. Gelees, Fruchtsäfte, Alkoholfreie Fruchtmoste, Gemüse-, Pilz- und Früchte-Konserven

empfiehlt in ganz erstklassiger Ware billigt!

Fritzl v. Priesensche Gartendirektion, G. m. b. H., Rötze bei Leipzig. (F)

500 Morgen eigene Obst- und Beerenobstplantagen. Versand in Korbfässchen, Fässern und Flaschen.

Preislisten auf Wunsch portofrei. Vertreter in allen Orten gesucht.

Musik-Instrumente

für Orchester, Schule u. Haus

Großer Katalog umsonst (F)

Teilzahlung gestattet.

Max Dörfler, Klingenthal i. Sa. Nr. 36.

Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund graue, gut geschliffene Bettfedern 80 Pf., bessere Qualität 1 Mk. 10, - halbweiße, flaumige geschliffene 1 Mk. 20, - 2 Mk. 20, - 2 Mk. 50, - 3 Mk. 50, - feinste, geschliffene Halbtaun-Bettfedern 4 Mk. 50, - 5 Mk. 50, - ungeschliffene mit flaumig gemengt halbweiße 1 Mk. 75, - weiße 2 Mk. 40, - 3 Mk. 40, - allerfeinste flaumige 3 Mk. 50, - 4 Mk. 50, - Versand jeder beliebigen Menge sofort gegen Nachnahme von 10 Pfd. an franko. Umtausch gestattet od. Geld zurück. Winter u. Preisliste kostenlos. E. Dörfler in Prag Nr. 1, Amsterd. u. Nr. 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter und Unter-Angestellten in Gemeinde- und Staatsbetrieben

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Weshalb die Technische Nothilfe nicht notwendig ist

Die „Räder“ das Organ der U., bringt in Nummer 2 vom 31. Januar 1928 einen Leitartikel, der uns außerordentlich beachtenswert erscheint. Es wird darin die Denkschrift des deutschnationalen Reichsinnenministers v. Keudell erwähnt über Organisation und Einsatz der Technischen Nothilfe, und betont, daß das Eingreifen der U. gegenüber den veränderten Verhältnissen aus dem Jahre 1921 unter „wesentlich anderen“ Bedingungen vor sich geht. Nach einer Erläuterung des Begriffs „öffentlicher Notstand“, der nunmehr in den Vordergrund gerückt wird, behaupten „Die Räder“, daß in den letzten Jahren bei allen wirtschaftlichen Kämpfen von Seiten der U. äußerste Zurückhaltung bewiesen worden sei und manche Einsatzforderungen, bei denen der öffentliche Notstand nicht klar erwiesen war, abgelehnt wurde. Es kommt sogar der kühnliche Satz in dem Artikel vor:

„Die Gefahr, die manchen Kreisen in der Einrichtung der U. gegeben schien, daß sie einseitig gegen die Arbeitnehmer sich auswirke, hat heute keinen Schein der Berechtigung mehr.“

Angeblieh handelt es sich nur um Verhinderung eines öffentlichen Notstandes, um die Verhütung von Verwirrung und Chaos auch für die Arbeitnehmer zu erreichen nebst „Aufrechterhaltung geordneter Zustände interessierter Kreise“. Das letztere ist schon zutreffender, dünkt uns. Es wird weiter gesagt, daß die „neue Grundlage“ der U. unter enger Fühlungnahme mit beiden Parteien des Wirtschaftskampfes ohne Einmischung in den Kampf selbst vor sich gehe. Hierzu möchten wir bemerken, daß uns eine solche Fühlungnahme der U. mit der Arbeitnehmerpartei bislang nicht bekannt ist. Sie wird auch auf der ganzen Linie abgelehnt, existiert also nur in der Phantasie des Artikelschreibers.

Aber uns interessieren doch einige andere etwas sentimental klingende Bekenntnisse. Es heißt:

„Infolge dieser (neuen) Einstellung ist die U. in der letzten Zeit nur wenig mit ihrer Tätigkeit in öffentliche Erscheinung getreten. Das ist erfreulich und zeigt die richtungsgerade Haltung der U., ist aber von gewisser Seite dahin ausgelegt worden, als sei damit die Ueberflüssigkeit der U. erwiesen. Wer aus diesen Vorgängen solche Folgerungen zieht, beweist damit nur, daß er das eigentliche Ziel der U. niemals richtig verstanden hat.“

Wir bekennen ohne weiteres, daß weder für das alte noch das neue Ziel der U. von Seiten der Arbeitnehmerschaft irgendwelches Verständnis aufgebracht werden kann. Es mag noch so oft versichert werden, daß das Ziel der U. nie eine Einmischung in die Wirtschaftskämpfe war. Auf das theoretische Ziel irgendeines Artikelschreibers kommt es überhaupt nicht an, sondern auf die Praxis, und die lehrt uns, daß solche völlig ungerechtfertigte, Einmischung zugunsten des Unternehmertums von Seiten der U. die Regel war. Das tritt

auch ganz besonders deutlich durch die Keudellsche Denkschrift, die Ende 1927 herausgegeben wurde, in Erscheinung. Daraus ersehen wir nämlich, daß die U. in den Jahren 1925/26 in etwa 30 Fällen bei Streiks und Aussperrungen „tätig“ war. Die Gesamtzahl der Belegschaftsstärke jener Betriebe, in denen die U. eingesetzt wurde, betrug 9713. Davon waren am Streik bzw. an der Aussperrung 8944 beteiligt, also rund 90 Prozent! Dieser Prozentsatz beweist die Geschlossenheit und Solidarität der Arbeiter, wenn es Arbeitskämpfe zu führen gilt. Um so trauriger ist es, daß die U. fast hunderttausend Streikbrecherarbeitsstunden leistete, das ist die Hälfte aller in den Jahren 1925 und 1926 von der U. geleisteten Arbeitsstunden. Interessant für unsere Leser wird auch die Art sein, wie diese U. 1925/26 eingesetzt ist. Auch hierüber gibt die Denkschrift eine Uebersicht, die wir unsern Lesern gleichfalls unterbreiten wollen.

	Einsatzstellen	Geleistete Arbeitsstunden	Zahl der Arbeitskämpfer	Zahl d. im Notkampf Stehenden
Messel bei Darmstadt (Grube)	2	31 826	315	652
Berlin-Moabit (Meierei Bolle)	3	4 012	138	798
München (Brauereien)	10	11 085	157	2525
Groß-Berlin (Eisenbahn)	14	19 910	692	1362
Bremen (Eisenbahn)	4	15 594	388	258
Bonames (Frankfurt a. M., Lederf.)	1	1 150	12	60
Mieberrad (Lederfabrik)	1	1 832	19	106
Oberursel (Lederfabrik)	1	266	5	55
Polzin (Elektr.-Werk)	3	178	4	12
Stuttgart (Eisenbahn)	1	288	12	49
Feuerbad (Eisenbahn)	3	5 688	207	211
Cannstatt (Eisenbahn)	1	18	4	25
Kolberg (Eisenbahn)	1	261	13	28
Fürth (Brauereien)	4	377	26	294
Nürnberg (Brauereien)	2	164	9	156
Fürth (Brauerei)	1	69	4	60
Gera (Lederfabrik)	1	94	1	16
Königssee (Lederfabrik)	3	887	10	57
Eisenberg (Lederfabrik)	1	278	2	9
Frankfurt a. d. O. (Malzkasseneefabrik)	1	649	13	60
Kassel (Speditour)	1	1 672	25	27
Friedland (Eisenbahn)	1	35	4	103
Breslau (Brauereien)	4	1 986	78	922

Damit ist u. E. aus dem eigenen Material der U. bzw. des deutschnationalen Ministers klipp und klar erwiesen, daß es sich nicht so sehr um die Notstände allgemeiner Art handelt. Denn bei Bränden wurde die U. nur in etwa 50 Fällen eingesetzt, bei Hochwasser in 60 Fällen. Es ist aber doch wohl sicher anzunehmen, daß auch ohne U. von Feuerwehr, freiwilligen Helfern usw. hier mit gleicher Energie eingegriffen wäre, ohne daß die Millionenausgaben für die U. notwendig wären.

Denn die U. arbeitet verdammt teuer! Aus der Denkschrift läßt sich nämlich feststellen, daß eine Arbeitsstunde der

III. 24 Reichsmark (1925) kostete, 1926 sogar 60 Reichsmark! Der Durchschnittseinsatz der III. 1925 betrug 24 000 Mark, 1926 sogar 30 000 Mk. Es ist festgestellt worden durch die Denkschrift, daß mehr denn $6\frac{1}{2}$ Millionen Reichsmark Steuergelder für die III. ausgegeben worden sind. Würde diese Summe für die Erhöhung der Arbeiterlöhne in den bestreikten Betrieben angewendet sein, so wären vielleicht die ganzen Wirtschaftskämpfe und damit das Eingreifen der III. in diesem Fall überhaupt unterblieben.

Aber wir möchten noch einmal auf den Artikel der „Räder“ zurückkommen, der u. a. behauptet, daß ohne Wasser, Gas und Kraft eine geordnete Regierung nicht möglich sei und die III. für die sich daraus ergebenden Gefahrenmöglichkeiten in empfehlende Erinnerung gebracht wird. Sie nennt das staatsnotwendige Gründe und hält es für bedeutsam, auch heute an der Notwendigkeit der III. festzuhalten. Für unsere Organisation ist auch noch folgender Absatz beachtenswert:

„Wo früher der Bedarf eines Landes an elektrischer Energie durch die Kraftwerke einer Reihe von Städten bewerkstelligt wurde, sind heute eins oder wenige Großkraftwerke getreten, weil diese Zusammenfassung technisch und wirtschaftlich vorteilhafter ist. Damit ist aber zugleich im umgekehrten Verhältnis die Gefahr gewachsen, daß bei dem Versagen einer zahlenmäßig geringen Arbeitsgruppe nicht mehr Tausende, sondern Millionen Menschen in ihren Lebensbedingungen empfindlich getroffen werden. Die technische Entwicklung in dieser Richtung ist unaufhaltsam. Die Gasversorgung, früher von vielen kleinen Werken betrieben, geht den gleichen Weg zur Gasfernversorgung von wenigen Zentralen. Die Fernheizung ist das weitere Glied in dieser Kette. Wie das elektrische Licht die Petroleumlampe, so wird das System der Beheizung ausgedehnter Komplexe von einer Stelle aus den Haus-Ofen ebenfalls bald verdrängt haben. In gleicher Richtung läuft die Elektrifizierung der Eisenbahn, die an die Stelle der Dampfkraft der vielen einzelnen Dampflokomotiven die Stromentnahme von wenigen Zentralen setzt. Dazu kommt, daß die fortschreitende wirtschaftliche Verflechtung wieder die lebenswichtigen Betriebsarten untereinander abhängig macht, so daß beispielsweise ohne Strom gleichzeitig Wasserwerke und Pumpanlagen oder Eisenbahnbetriebswerke und Signaleinrichtungen zum Erliegen kommen müssen. Es ist daher nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß, falls einmal wieder Krisenzeiten kommen sollten, die Auswirkungen bereits infolge Versagens nur weniger lebenswichtiger Zentralen weit katastrophaler sein müßten als jemals ehemals.“

Nun ist ja an sich merkwürdig, daß das Einsetzen 1925/26, wie wir aus obiger Tabelle ersehen, für solche Betriebe verhältnismäßig selten ist. Unseren Kollegen erscheint das selbst nicht merkwürdig; denn unsere Organisation hat ja selbst in Verbindung mit dem ADGB. Einrichtungen getroffen, die die Notarbeiten auch während eines Streiks in gemeinnütigen

Betrieben gewährleisten. Gerade im Jahre 1924/25, wo wir eine größere Anzahl Bezirksstreiks hatten, konnte die Ueberflüssigkeit der III. in jeder Beziehung festgestellt werden, so daß die Argumente, wie sie in vorstehendem Zitat gegeben werden, nach jeder Richtung hinfällig sind.

Die Keudellische Denkschrift fordert für den Moloch III. weitere zwei Millionen Mark. Auch nach dem Artikel der „Räder“ scheinen in den Kreisen der privaten Geldgeber gewisse Bedenken vorzuliegen, weitere Summen in dieses Danaidensäß zu werfen; denn es heißt am Ausgang des Artikels doch etwas melancholisch:

„Und wenn die angeforderten zwei Millionen Reichsmark für die III. als „Versicherungsprämie“ zu hoch erscheinen, soll bedenken, daß die III. auch ohne Einsätze in lebenswichtigen Betrieben und ohne Anrechnung ihrer sonstigen vorbeugenden Wirkung und Tätigkeit allein durch ihre laufenden Hilfestellungen auf dem Gebiete der Naturereignisse den für sie ausgeworfenen Betrag infolge Schadensverhütung vollaufwehmt.“

Zu diesem Zitat möchten wir nur bemerken, daß die Feuerwehr ohne Zweifel nicht nur wesentlich billiger, sondern auch besser arbeitet. Es ist im Zeitalter der Rationalisierung schon aus diesem Grunde nicht angängig, eine denkbar ungeeignete Einrichtung beizubehalten, die obendrein für die Arbeitnehmergruppen eine dauernde Gefahr in ihren Arbeitskämpfen bedeutet.

Wenn man die Zeitschrift der III., „Die Räder“, laufend verfolgt, so läßt sich feststellen, daß sie recht unterhaltend ist. Sie hat aber zu neun Zehnteln mit den eigentlichen Aufgaben (angeblichen wie wirklichen) der III. nichts zu tun! Auch dafür ist Nr. 2 der „Räder“ ein sprechendes Beispiel. Wir wollen natürlich gar nichts sagen gegen Artikel auf naturwissenschaftlichem und sportlichem Gebiete. Ob das von Wald und Ackerland, von giftigen Zahnplomben oder vom modernen Skilauf die Rede ist, das ist alles ganz gut und schön. Was aber hat das mit der III. und ihren Bestrebungen zu tun. So möchten wir sagen, daß die „Räder“ als teilweiser Ausdruck der geistigen Struktur der III. geradezu dem Beweis dafür erbringen, daß diese unerfrenliche Erscheinung sich nur Krampfhaft in des Wortes verwegenster Bedeutung am Leben hält durch Zuwendungen von Seiten des Reiches und Privater.

Darum können wir unsere Auffassung nur erneut bekunden: Für die gesamten Gewerkschaften wie für die Arbeiterparteien kann es nur eine Parole geben:

So schnell wie möglich fort mit der III! E. D.

Hannover fördert die privath kapitalistische Ferngasversorgung

Es sind rund 100 Jahre her, als in Deutschland die erste Gasversorgung eingeführt wurde. Solange Gasproduktion besteht, geht der Kampf darum, ob private oder öffentliche Hand als Produzenten auftreten sollen. Sieger im Kampfe blieb die Gasversorgung aus öffentlichen Betrieben. Werden doch heute rund 80 Proz. der gesamten Gaswerke von Kommunalverwaltungen betrieben und verwaltet. Besonders die Vertreter der Arbeiterschaft haben den Kampf gegen die private Gasversorgung geführt und alles getan, um den Einfluß der öffentlichen Hand in der Gaswirtschaft zu stärken.

Hannover war die erste Stadt, welche die öffentliche Gasversorgung einführte. Um so mehr ist es zu bedauern, daß das Bürgervorsteherkollegium am Dienstag, dem 24. Januar, beschloß, die eigene Gaszeugung anzugeben und dafür Ruhrgas zu beziehen. Das städtische Presseamt schreibt hierzu:

„Am Dienstagabend haben die städtischen Kollegien in vertraulicher Sitzung den Magistrat ermächtigt, mit der Kohleverwertungs-Aktiengesellschaft in Essen einen Vertrag abzuschließen, wonach die Stadt Hannover an die vom Ruhrgebiet ausgehende Gasfernversorgung unter Hinzuziehung der Gaslieferung aus der Kokerei des Gesamtbergwerks Obernkirchen angeschlossen werden

soll. Damit wird ein Vorhaben von größter wirtschaftlicher Bedeutung für unsere Stadt verwirklicht.“

Die Stadt Hannover konnte sich dieser wichtigen Frage gegenüber nicht ablehnend verhalten; ihr entsprangen aus ihrer Lage zum Ruhrgebiet Vorteile, deren Nichtausnutzung die Stadtverwaltung ihrer Wirtschaft und Einwohnern gegenüber niemals hätte verantworten können. Sie durfte die Gelegenheit nicht verpassen, sondern hatte die Pflicht, der hannoverschen Industrie in Form eines billigen Gases wenigstens einen Teil der Vorteile zu verschaffen, die die Ruhrindustrie, die auf der Kohle sitzt, unserer heimischen Wirtschaft ständig voraus hat.

Die Verhandlungen zwischen der Stadtverwaltung Hannover und den verschiedenen Gesellschaften, die sich die Durchführung der Gasfernversorgung zum Ziele gesetzt haben, währen schon sehr lange. Sie wurden in der Hauptsache vom Oberbürgermeister Dr. Menge und dem Dezernenten der Städtischen Betriebswerke, Senator Müller, geführt. Das Ergebnis ist der Vertragsabschluss mit der Kohleverwertungs-Gesellschaft. Danach soll das Gas durch eine Fernleitung, die natürlich auch anderen Städten die Möglichkeit zum Anschluß bietet, unmittelbar aus dem Ruhrgebiet nach Hannover gebracht werden. Als weiterer Erzeugungsort für das Ferngas, mit dem Hannover versorgt wird, ist das verhältnismäßig nahe gelegene städtische Bergwerk Obernkirchen in Aus-

nicht genommen. Darüber hinaus wird man die Hoffnung haben können, daß im Laufe der Jahre auch noch eine Verbindung mit der Hütte herbeigeführt wird, die in der Hauptsache der hannoverschen Gasversorgung dienen dürfte. Der Gedanke der Errichtung einer Großkokerie in der Stadt Hannover ist somit fallen gelassen worden. Der Vertrag mit der Kohleverwertungsgesellschaft läuft auf 30 Jahre. Das städtische Gaswerk wird nach der Verwirklichung des Unternehmens stillgelegt werden. Die Entwicklung voraussehend, hat die Stadtverwaltung an sich wünschenswerte Erweiterungs- und Erneuerungsbauten (z. B. einer neuen Ammoniakfabrik) in den beiden letzten Jahren hinausgeschoben, so daß heute keine unnützen Ausgaben zu beklagen sind."

Dem abgeschlossenen Vertrag ist besondere Bedeutung beizumessen. Die Stadt Hannover ist die erste Stadt außerhalb des Industriegebiets, welche Ruhrgas beziehen würde. Sie ist die erste Stadt, welche mit der Aktiengesellschaft für Kohleverwertung in dieser Richtung einen Vertrag abgeschlossen hat. Seit Gründung der AGfK. im November 1926 ist es dieser nicht gelungen, ihre Pläne irgendwo zu verwirklichen, obwohl jedes Mittel gebraucht wurde, um den Städten den Ferngasbezug von der Ruhr schmackhaft zu machen. Ein Heer von Beamten mit hohen und höchsten Gehältern, die teilweise in den Kommunalverwaltungen groß geworden sind, wurde angestellt, um propagandistisch für die Bestrebungen der Ruhrindustrie tätig zu sein. Die Städte verhandelten dagegen untereinander, um die kommunale Gruppengasversorgung durchzuführen.

Diese Verhandlungen blieben trotz aller Schwierigkeiten nicht ohne Erfolg. Die Ansätze für eine kommunale Gruppengasversorgung sind heute in allen Teilen des Reichsgebietes vorhanden, und ihre praktische Durchführung dürfte auch nicht durch den neuabgeschlossenen Vertrag zwischen Hannover und der AGfK. gestört werden. Im Gegensatz zu dem Bürgervorsteherkollegium in Hannover erkennen die Vertreter der Bürgerschaft in den anderen Städten die Monopolfahr, welche hier durch die Schwerindustrie droht. Die verschiedenen Städtetage nahmen gegen die privatkapitalistische Gasversorgung Stellung in der klaren Erkenntnis, daß dieser wichtige Zweig der deutschen Wirtschaft dem Privatkapital nicht wieder in die Hand gegeben werden dürfe. Gemeindevertreterkonferenzen, welche im Laufe des vergangenen Jahres in allen Landesteilen stattgefunden haben, nahmen ebenfalls scharf Stellung gegen die Gasversorgung durch die Ruhrgehaltigen. Die höchste Instanz der SPD. für kommunalpolitische Fragen, der Kommunalpolitische Beirat, beschloß am 20. September 1927 eine Resolution, welche ebenfalls die Pläne der AGfK. glatt ablehnte und sich für Beibehaltung der kommunalen Gaswirtschaft aussprach.

Der Deutsche Verein der Gas- und Wasserfachmänner nahm in einer Denkschrift gegen die Pläne der Ruhrindustrie Stellung. Hier wurde von sachmännischer Seite nachgewiesen, daß ein Gasmonopol aus den verschiedensten Gründen für die Städte die größten Nachteile mit sich bringen muß.

Alle diese Einwände der maßgebenden Instanzen wurden von der Stadtverwaltung Hannover nicht beachtet, eingeforderte Gutachten von anerkannten Sachverständigen erst gar nicht abgewartet. Wir bedauern insbesondere, daß auch die Vertreter der SPD.-Bürgervorsteher-Fraktion in Hannover dem Vertragsabschluß zustimmten. Die ungeheure Tragweite dieses Vertrages zwingt uns, das festzustellen. Die Pläne der Ruhrindustrie gehen bekanntlich dahin, die Leitung über Hannover nach Braunschweig, Magdeburg und Berlin fortzuführen. Nach dieser Richtung bedeutet also der Abschluß mit

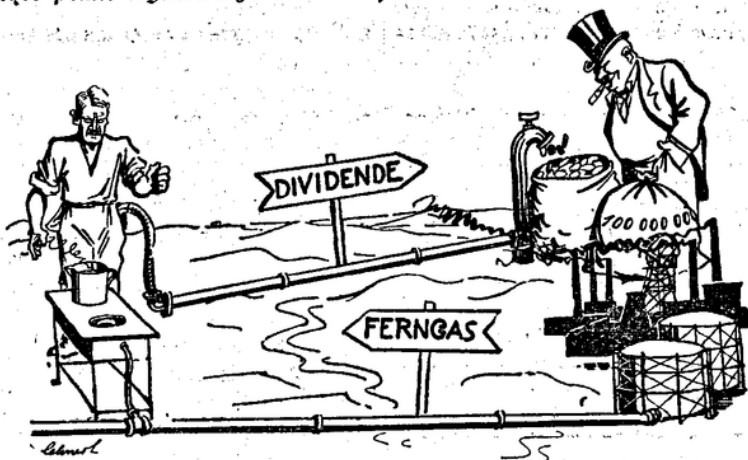
Hannover für die Ruhrindustrie einen großen Erfolg. Allerdings stehen der praktischen Durchführung noch die größten Schwierigkeiten entgegen. Noch sind die Wegerechte in Händen der Städte, Kreise und Provinzen, und schon aus diesem Grunde werden dem abgeschlossenen Vertrage die allergrößten Schwierigkeiten entstehen.

Die Vertragsbedingungen sind zurzeit noch nicht veröffentlicht. Jedoch ist uns bekannt, daß der Gaspreis pro Behälter zwischen 3 und 3½ Pf. liegt. Der Preis setzt sich zusammen aus dem beweglichen Grundpreis, einem festen Zuschlag, der Kohlen- und der Lohnklausel. Wir wissen nicht, welche Sicherungen die Stadt Hannover sich geschaffen hat, damit bei dem 30jährigen Bestehen des Vertrages all diese Klauseln nicht zu ihren Ungunsten ausgelegt werden. Nach Stilllegung des Gaswerks ist die Stadt Hannover eben bedingungslos der Ruhrindustrie ausgeliefert. Die AGfK. arbeitet hier offenbar auf weite Sicht, wenn zunächst ein Preis von rund 3 Pf. akzeptiert wurde. — Die Anlage der

Leitung Ruhrgebiet—Hannover in Länge von 200 Kilometer kostet der AGfK. nach ihren eigenen früheren Angaben einschließlich Kompressorenanlagen etwa 20 bis 25 Millionen Mark. Die Stadt Hannover hat einen Gasverbrauch von rund 40 Millionen Kubikmeter. Das anzulegende Kapital dürfte sich auch unter Berücksichtigung der unterwegs möglichen Anschlußwerte nicht rentieren. Rechnet man mit einem Kapitaldienst von 7 Proz., so

sind von der AGfK. allein hierfür größere Mittel aufzubringen, wie die Gesellschaft aus dem Gasgeschäft mit der Stadt Hannover einnimmt. Die Ruhrzechen müssen also auf weiteres Vordringen ihrer Leitungen bedacht sein, um weitere Abgabengebiete anzuschließen. Dieses dürfte aber den Ruhrzechen nicht ohne weiteres gelingen, da selbst die Provinz Hannover mit dem abgeschlossenen Vertrag nicht einverstanden ist.

Der eigentliche Treiber bei Abschluß des Vertrages war Oberbürgermeister Dr. Menge. Um die Bevölkerung zu beruhigen, erklärte er vor Pressevertretern, daß der Gaspreis um 1 Pf. herabgesetzt werde. Mit diesem Argument suchte man besonders die Vertreter der werktätigen Bevölkerung für den Plan zu gewinnen. Was bedeutet nun die Herabsetzung von 1 Pf. pro Kubikmeter? Die Bevölkerung der Stadt Hannover mit einem Jahresverbrauch von rund 40 Millionen Kubikmeter erspart bei Herabsetzung des Gaspreises um 1 Pf. 400 000 Mk. pro Jahr. Diese 400 000 Mk. werden der Bevölkerung wiederum abgenommen durch erhöhte Preise für Koks, Teer und alle anderen Nebenprodukte. Allein für Koks hat die Bevölkerung pro Zentner 52 Pf. mehr zu zahlen, wenn in Hannover kein Gaskoks mehr erzeugt wird. Der Zechenkoks kostet zurzeit in Hannover 2,32 Mk., der Gaskoks nur 1,80 Mk. Die Werke in Hannover erzeugen 36 000 Tonnen Gaskoks. Bei einer Preisdifferenz von 52 Pf. pro Zentner ergibt dieses einen Betrag von 375 000 Mk., welche in Zukunft mehr für Kokslieferungen zu zahlen sind. Da ein großer Teil des Koksverbrauches in den öffentlichen Gebäuden (Schulen, Bureau- und Verwaltungsgebäuden usw.) erfolgt, muß der Betrag auf andere Weise von der Bevölkerung aufgebracht werden, so daß die Ersparung, welche durch einen verbilligten Gaspreis erfolgt, allein durch die von den Zechen gelieferte Koks menge wieder verausgabt wird. Dazu kommen die Ueberpreise, welche in Zukunft gezahlt werden müssen für Teer, Ammoniak, Benzol, so daß nicht ein Gewinn, sondern im Gegenteil ein Verlust für die Bevölkerung entsteht. Es kommt weiter hinzu, daß



Schmitt

für die rund 400 im Innendienst des Gaswerks beschäftigten Arbeiter andere Arbeitsmöglichkeit geschaffen oder anderenfalls eine Rente gezahlt werden muß.

Nach unserer Information hat die Stadt Hannover bei den Vertragsverhandlungen nicht erreicht, daß ihr Einfluß auf die Geschäftsführung der AGfK. zugestanden wurde. Das mindeste, was man hätte verlangen können, wäre, daß die Stadt sich im Vorstand und Aufsichtsrat der AGfK. einen Einfluß gesichert hätte. Alles das ist nicht geschehen. Wie weit bei diesen Dinge persönliche Interessen mitspielen, wird uns die Zukunft noch zeigen. Aus diesem Grunde kann man verstehen, wenn das führende Organ der Schwerindustrie, die

„Deutsche Bergwerkszeitung“ in ihren Ausgaben vom 26. und 28. Januar 1928 auf der Titelseite in großer Aufmachung zu dem Vertragsabschluß Stellung nimmt. Das Organ der Schwerindustrie bejubelt die weitsichtige Politik der Stadt Hannover und stellt den Vertragsabschluß als eine wahre Tat hin. Schon dieses allein dürfte genügen, um der Öffentlichkeit zu zeigen, daß das Privatkapital mit dem Abschluß äußerst zufrieden ist.

Der bedauerliche Vorgang in Hannover wird hoffentlich mit dazu beitragen, daß die übrigen Gemeinden ihre Kirchturmpolitik aufgeben und die kommunale Gruppengasversorgung auf schnellstem Wege durchführen. J. O.

Der Abrechnung entgegen

Mit dem Reichstag geht es zu Ende. Schon machen sich in seinen Verhandlungen gewisse Ermüdungserscheinungen bemerkbar, die es ankündigen. Die Parteien des Rechtsblocks geben sich zwar die größte Mühe, die kommende Abrechnung hinauszuschieben, weil ihnen die derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse als zu ungünstig erscheinen, um mit Erfolg für die weitere Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft in eine Neuwahl einzutreten. Für sie handelt es sich deshalb darum, Zeit zu gewinnen. Doch wird das nicht viel nützen! Die Enttäuschung und Unzufriedenheit über die von den Rechtsblockparteien und ihrer Regierung betriebene Politik ist zu groß und allgemein, als daß die Wähler durch eine Hinauszögerung der Neuwahl beschwichtigt werden könnten. Die Abrechnung muß stattfinden! Ob früher oder später, ist so ziemlich gleichgültig. Der Gewinn von einigen Monaten kann — wie der Ausfall einer Anzahl Wahlen der letzten Zeit deutlich genug zeigt — daran wenig ändern.

Im Lager der Rechtsblockparteien herrscht daher alles andere, nur keine Einigkeit. Darauf deuten besonders die kräftigsten Vorgänge hin, die in ihren Reihen mehr oder weniger unverhüllt zutage treten. Vor allem bei den Deutschnationalen. Die Bauern, Handwerker, wie auch die Kleinrentner sind unzufrieden. Namentlich die letzteren, die bei den letzten Reichstagswahlen von den Deutschnationalen so böse hinter das Licht geführt wurden. Seit langem haben sie erkannt, daß sie betrogen wurden. Ein Teil von ihnen hat sich zu einer neuen Parteigruppierung — der Volksrechtspartei — zusammengeschlossen. An der Spitze dieser Partei steht der 83 Jahre alte Graf Posadowsky-Wehner, den die Deutschnationalen noch in der Nationalversammlung als ihren ersten Führer anerkannten. Nunmehr steht er ihnen als Gegner gegenüber und führt in Wort und Schrift den schärfsten Kampf gegen sie, wobei er den von den Deutschnationalen an den kleinen Sparern verübten Schwindel schonungslos aufdeckt.

Auch im Zentrum geht es arg durcheinander. Jahrzehntlang haben sich die christlichen Arbeiter seiner Gesamtpolitik widerspruchslos gefügt. Jetzt ist der Topf, in dem das Zentrum so lange seine politischen Beruhigungstränkelein braute, aber doch in Scherben gegangen. Die christlichen Arbeiter sind ungebärdig geworden und rebellieren gegen ihre oberste Führung. Daß der innere Bestand der Zentrums-Partei durch diese Rebellion ebenfalls in die Brüche geht, ist nicht anzunehmen, denn noch immer haben die christlichen Arbeiter beim Zentrum Worte für Taten genommen. Deshalb dürfte es den Beschwichtigungsbemühungen des Herrn Marx auch diesmal gelingen, sie zu beruhigen und weiter bei der Stange zu halten. Die Zentrums-Partei ist bereits am Werke, den christlichen Arbeitern die Folgen einer Abkehr vom Zentrum klarzumachen, indem sie auf die drohende Stellung der Unternehmer verweist, die nur auf die Zersplitterung der Arbeiter warten, um mit Aussperrungen, Betriebs einstellen und Maßregelungen über sie herzufallen.

Diese Einschüchterungsversuche sind höchst eigenartig. Befinden sich doch im Zentrum die gleichen Großindustriellen und Großagrarier, deren Arbeiterfeindlichkeit und sozialpolitische Rückständigkeit sich in nichts von der Haltung der Unternehmer im Lager der Volkspartei und der Deutschnationalen Partei unterscheidet. Davon wird natürlich nichts erwähnt. Ebenso wenig, daß das Zentrum diesen Großindustriellen und Großagrarier zuliebe die Hochschulzollpolitik mitgemacht sowie die Ermäßigung der Lohnsteuer und eine vernünftige Regelung der Besoldungsreform hintertrieben hat. Mit der neuen Lohnsteuerregelung hat sich das Zentrum glatt über die von ihm selbst in der sogenannten 1. Brüning anerkannten Grundsätze hinweggesetzt. Wer die Zentrums-Partei verfolgt, braucht sich darüber nicht zu wundern, hat sich doch das Zentrum noch niemals von Grundsätzen, sondern immer nur von Zweckmäßigkeitsrücksichten leiten lassen. Gerade aber die in dieser Politik liegende Hinterhältigkeit, die den Mantel immer nach dem Winde dreht, müßte den christlichen Arbeitern klarmachen, daß sie vom Zentrum keine wirksame Vertretung ihrer Interessen zu erwarten haben und sie zum Anschluß an die sozialdemokratische und freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung hindrängen. Das um so mehr, als sich auch das Zentrum nach einem Ausspruch des Reichskanzlers Marx nicht als republikanische Partei betrachtet, sondern die Republik ebenfalls nur aus augenblicklichen Zweckmäßigkeitsgründen anerkennt. Es kann gegebenenfalls auch eine andere Stellung einnehmen!

Die völkische Bewegung ist elend verkracht, woran auch die in den letzten Tagen erfolgte Gründung eines „Völkischen Kampfblocks“ nichts ändern wird. All die großen Worte von Freiheit, Kultur und sozialer Gesinnung, die bei dieser Gründung aufgewendet wurden, können den völkischen Lehnam nicht mehr zu neuem Leben erwecken. Auch mit dem Kommunismus geht es stark bergab. Aus den Wirren des Krieges und der ihm folgenden wirtschaftlichen Umwälzung hervorgegangen, konnte diese Bewegung nur solange auf einen Aufstieg rechnen, als die anormalen Wirtschaftsverhältnisse immer neue Unzufriedene entstehen ließen, denen es an der erforderlichen wirtschaftlichen und politischen Einsicht fehlte, ihre Ursachen zu erkennen. Eine Aussicht, die kommunistischen Ziele zu verwirklichen, hat bisher in Deutschland nicht bestanden, und mit der sich anbahnenden Besserung der Wirtschaftslage werden die dahingehenden Bestrebungen völlig hoffnungslos. Das müssen immer weitere Arbeiterkreise erkennen, wozu nicht zuletzt der Umstand beiträgt, daß sich die parlamentarische Vertretung der kommunistischen Partei zu jeder praktischen Mitarbeit auf wirtschaftlichem, politischem und sozialem Gebiete unfähig zeigt, oft genug sogar die Gegner der Arbeiterklasse in ihren arbeiterfeindlichen Bestrebungen unterstützt. Das ist schlimmer als eine Politik der Negation, die schließlich — wenn auch nicht stichhaltig — mit der Stellung als Oppositionspartei entschuldigt werden kann. Eine derartige Politik läßt sich auf die Dauer nicht fortsetzen und muß den Niedergang der kommunistischen

Bewegung herbeiführen. Diese rückläufige Entwicklung ist denn auch im vollen Gange und nimmt fortgesetzt sowohl an Umfang wie an Beschleunigung zu, gefördert durch die Uneinigkeit und Selbstzerfleischung in den eigenen Reihen. Nur ist damit vorerst wenig gewonnen, weil sich ein großer Teil der von der kommunistischen Bewegung Abgestoßenen enttäuscht absetzt.

Das gleiche wird durch die in den bürgerlichen Kreisen vorhandene Parteizersplitterung hervorgerufen. Auch sie ist als ein Zeichen politischer und wirtschaftlicher Unklarheit zu betrachten, die sich besonders in den mittelständischen Volksschichten breit macht. Diese Zersplitterung hat sich als ein schwerer Nachteil sowie als Hindernis für die Schaffung klarer politischer Verhältnisse erwiesen. Ihr verdanken wir nicht nur die häufigen Regierungskrisen, sondern auch die unbefriedigende innen- und außenpolitische Lage. Zu befürchten ist, daß dieser Mißstand bei den bevorstehenden Wahlen von neuem noch schlimmer hervortritt, wenn nicht noch rechtzeitig entsprechende Vorkehrungen dagegen getroffen werden. Aus alledem ergibt sich die Notwendigkeit, die

Arbeitererschaft zusammenzufassen und zum geschlossenen Vorgehen zu einigen. Die Grundlage dazu bieten die von der Sozialdemokratie als auch den freien Gewerkschaften vertretenen politischen, wirtschaftlichen, sozialen Ziele und Forderungen, desgleichen das Erfordernis einer gemeinsamen Abwehr aller reaktionären Anschläge auf die republikanische Verfassung, sozialen Einrichtungen, die Rechte und die Lebenshaltung der Arbeiter. Ein wesentlicher Teil der einer solchen Einigung entgegenstehenden Hindernisse ist in Wegfall gekommen. Die Mißerfolge der Rechtsblockpolitik liegen offen zutage. Sie zeigen deutlich genug, daß der Arbeitererschaft mit einer noch so radikal auftretenden Illusionspolitik nicht gedient ist, diese sie vielmehr gegenüber der von den kapitalistischen Parteien zugunsten der Besitzenden rücksichtslos verfolgten Bereicherungspolitik ins Hintertreffen drängt. Das hat in weiten Kreisen der Arbeitererschaft ernüchternd und klärend gewirkt. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen, die kommenden Wahlen zu einer gründlichen, bessere politische und wirtschaftliche Verhältnisse vorbereitenden Abrechnung werden zu lassen.

Mattutata.

Arbeitslohn und Arbeitsertrag in der modernen Erwerbswirtschaft

Die moderne kapitalistische Erwerbswirtschaft wird von ganz anderen Gesetzen beherrscht als die vorkapitalistische Wirtschaft. Der Arbeitsertrag war früher Eigentum desjenigen, der ihn herstellte; der schaffende Mensch der vorkapitalistischen Wirtschaft war Besitzer des Arbeitsertrages. Er konnte mit diesem schalten und walten, wie es ihm beliebte. Doch nicht nur der Arbeitsertrag, sondern auch die Produktionsmittel lagen in den Händen des arbeitenden Menschen. Erst deshalb war es möglich, daß der Arbeiter Eigentümer des hergestellten Produkts war.

Die moderne Erwerbswirtschaft aber gestattete den arbeitenden Menschen kein Eigentum an Produktionsmitteln und Arbeitserträgen mehr. Es entwickelte sich ein Dualismus, eine Zweifelt, die Kapital, die Arbeit. Auf der einen Seite finden wir die Besitzer der Produktionsmittel, auf der anderen die arbeitende Menschheit, die Besitzlosen. Die Ursache dieser Zweifelt, die Entstehung des Kapitals, war nur möglich durch die Aneignung fremden Arbeitsertrags. Diejenigen aber, die es nicht vermochten, sich an anderer Menschen Arbeit zu bereichern, waren gezwungen, um leben zu können, ihre Arbeitskraft an die Reichen, an die Besitzer der Produktionsmittel zu verkaufen. Das Abhängigkeitsverhältnis, die Verbindung von Kapital und Arbeit, spielt sich auf dem Arbeitsmarkt ab. Hier schließen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Verträge ab, die den Arbeiter verpflichten, seine Arbeitskraft für eine bestimmte Zeit dem Arbeitgeber zur Verfügung zu stellen. Die mit Hilfe des Arbeiters hergestellten Produkte sind Eigentum des Unternehmers. Der Arbeiter hat an ihnen keinen Anteil, er erhält nur den auf dem Arbeitsmarkt vereinbarten Lohn. Das Bestreben der arbeitenden Menschen, sich einen möglichst hohen Anteil des Ergebnisses ihrer Arbeit zu sichern, führte zu dem gewerkschaftlichen Zusammenschluß. Die gewerkschaftliche Bewegung bezweckt deshalb hinsichtlich des Lohnkampfes nichts anderes, als die Ueberführung des hergestellten Produkts von der Hand des einzelnen Unternehmers in die Hände der schaffenden Arbeiter. Der Weg zu diesem Ziel ist dergestalt, daß die Gewerkschaften bei guten Konjunkturbedingungen versuchen, die Löhne möglichst hochzutreiben, bei schlechterer Konjunktur die jeweilige Lohnhöhe zu halten, weil sich auf dem Arbeitsmarkt die Löhne nach den jeweiligen Verhältnissen richten, d. h. danach, ob das Angebot oder die Nachfrage stärker ist. Und so ist es erklärlich, daß das Streben der Gewerkschaften dahin geht, ein Monopol auf dem Arbeitsmarkt zu besitzen, ein Monopol gegenüber dem Monopol der Produktionsmittelbesitzer. Je stärker die gewerkschaftliche Organisation, je höher wird das Lohnniveau sein.

Unter Arbeitsertrag darf man nicht das Ergebnis der Arbeit verstehen. Die Kosten für Löhne und Gehälter, die sogenannten Reproduktionskosten müssen abgezogen werden. Der zurückbleibende Reinertrag der Wirtschaft zerfällt dann wiederum in Kapitalrücklagen, Kapitalzins, Steuern, Löhne und Gehälter, soweit die letzteren nicht Reproduktionskosten sind, und in den Unternehmergewinn. Der Kapitalist verfolgt die Tendenz, die Löhne und Gehälter auf das Niveau der Reproduktionskosten zurückzudrängen, damit er für sich einen möglichst hohen Gewinn zu verbuchen vermag. Er versucht also, den Reinertrag der Wirt-

schaft für sich in Anspruch zu nehmen. Je niedriger der Anteil der Löhne und Gehälter am Produkt, je höher ist der Unternehmergewinn.

Der Kampf der Gewerkschaften um die Erhöhung der Löhne und Gehälter findet seine Grenzen. Die Erhöhung der Löhne und Gehälter darf nicht auf Kosten der Kapitalrücklagen gehen, da dies für die Gesamtwirtschaft äußerst schädlich sein würde. Auf der anderen Seite wehren sich naturgemäß die Unternehmer gegen die Auffaugung des Unternehmergewinns durch die Löhne und Gehälter. Jeder denkende Mensch wird heute zugeben müssen, daß es den Anstrengungen der Gewerkschaften in den letzten Jahren gelungen ist, einen Teil des Unternehmergewinns in Löhne und Gehälter zu verwandeln. Die Unternehmer versuchen deshalb auf einem anderen Wege zu ihrem Profit zu gelangen, der ihnen durch die Tätigkeit der Gewerkschaften geschnitten wird. Sie verlegen das Schwergewicht ihres Profitinteresses außerhalb der Wirtschaft, sie koalieren sich, versuchen eine Monopolstellung auf dem Warenmarkt zu erhalten, um den Konsumenten die Preise diktieren zu können.

Wir stehen nun vor der großen Frage: Wie können wir den Preiswucher auf dem Warenmarkt beseitigen? Anfänge zur Lösung dieser Frage sind bereits gemacht, aber leider nur auf dem Papier. Wir meinen damit die Eingriffsmöglichkeiten des Staates auf die Preispolitik der Monopole. Derartige Maßnahmen könnten, wenn man sie wirklich in Angriff nimmt, jedoch nur Änderungen schaffen. Eine radikale Zurückführung der Warenpreise auf den natürlichen Preis dürfte nur möglich sein, wenn die Arbeiter selbst die Verantwortung in der Wirtschaft tragen, wenn das Produkt ihrer Arbeit ihnen gehört. So muß auch das nächste Ziel der Gewerkschaften die Gleichberechtigung von Unternehmer und Arbeiter sein, wir müssen alles daran setzen, eine Wirtschaftsdemokratie zu erreichen, so daß wir Arbeiter bei der Preisfestsetzung mitwirken können. Ein derartiger Zustand würde eine Aufhebung der heutigen Lohnarbeit zum Resultat haben. Die Arbeiter haben im Kapitalismus gelernt, sich arbeitswillig im Produktionsprozeß zu betätigen. Sie brauchen nicht mehr gezwungen zu arbeiten, sondern könnten sich freiwillig an der Arbeit beteiligen. Der Arbeiter würde dann nicht mehr Arbeitskraft, sondern Arbeiter sein. Der technisch geordnete, die Menschen als Automaten behandelnde Betrieb, würde zum sozial geordneten werden, auf Grund der freiwilligen Einordnung der Arbeiter in den Betrieb.

Eine solche Maßnahme würde unbedingt zu einer Steigerung der Produktivität führen; denn heute ist der Arbeiter nicht mit dem Herzen bei seiner Arbeit, da er in sie hineingedrängt wird. Im sozial geordneten Produktionsprozeß wird der Arbeiter nicht nur seine Arbeitskraft opfern, er wird sich auch seelisch in ihm betätigen und damit der Arbeit eine erhöhte Produktivität geben. Der Arbeitsraum wird wieder Lebensraum des Arbeiters werden. Die Durchführung dieser Methode des sozial geordneten Betriebes wird nur möglich sein durch die Anteilgewinnung an der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel durch die Arbeiter. Das weitere Wachsen der Gewerkschaftsbewegung wird uns dazu verhelfen.

E. E.

Gefrierfleisch-Skandal

Die Gewerkschaften aller Richtungen (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Afta-Bund, Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Gewerkschaftsring, Deutscher Gewerkschaftsbund) haben am 31. Januar in einem gemeinsamen Schreiben an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die Beibehaltung des bisherigen Systems der Gefrierfleischversorgung, also des zollfreien Kontingentes, gefordert. Dieser Schritt war notwendig geworden, nachdem der Reichslandwirtschaftsminister Schiele, dessen Ministerium mit Recht als „Ministerium für Ernährung der Landwirtschaft“ bezeichnet wird, die Absicht ausgesprochen hat, die zollfreie Gefrierfleischzufuhr aufzuheben; was damit erzielt werden soll, ist ohne weiteres klar. Die Großagrarien, die in Herrn Schiele einen tüchtigen Sachverwalter gefunden haben, wollen nicht mehr und nicht weniger, als daß die Einfuhr von Gefrierfleisch unterbunden wird. Das billige Fleisch soll verschwinden.

Gegenwärtig liegen die Dinge so, daß Deutschland jährlich 120 000 Tonnen oder monatlich 10 000 Tonnen Gefrierfleisch einführt, auf die ein Zoll nicht erhoben wird. Die Pläne der Agrarien gehen dahin, daß ein Gefrierfleischzoll von 37,50 Mk. pro Doppelzentner eingeführt wird. Das würde bedeuten, daß der Zollsatz auf das Gefrierfleisch umzulegen wäre, wodurch sich das Fleisch ganz erheblich verteuert. Die Verteuerung würde etwa 18 Pf. pro Pfund betragen. Da das Gefrierfleisch nur von den ärmeren Bevölkerungsschichten gekauft wird, so bedeutet die Unterbindung der Gefrierfleischzufuhr einen Anschlag auf die Ernährung der Ärmsten und Bedürftigsten.

Es muß einmal darauf hingewiesen werden, daß heute der Verbrauch an Fleisch bei weitem noch nicht so groß ist als in der Vorkriegszeit. Der Fleischverkauf je Kopf der fleischverbrauchenden Bevölkerung betrug im Jahre 1913 durchschnittlich 69 Kilogramm, im Jahre 1926 dagegen nur 57 Kilogramm. In Prozenten ausgedrückt also 17 Proz. weniger. Die Ursachen für die Verminderung sind in der Tatsache zu suchen, daß heute entsprechend dem Einkommen der breiten Masse die Fleischpreise viel zu hoch sind. Anstatt nun die Preise zu senken, gehen die Agrarien dazu über, die Preise noch höher zu treiben, und das „Ministerium für Ernährung“ unterstützt sie dabei.

Es ist notwendig, in diesem Zusammenhange die Tatsache festzuhalten, daß in Deutschland nicht einmal soviel Fleisch erzeugt werden kann, wie zur Deckung des eigenen Bedarfes erforderlich ist. Wir sind auf die Einfuhr angewiesen. Zudem ist heute der deutsche Viehbestand wesentlich niedriger als in der Vorkriegszeit. Während im Jahre 1913 auf 1000 Einwohner 313 Rinder kamen, betrug im Jahre 1926 die Zahl der auf 1000 Kopf der Bevölkerung kommenden Rinder nur 274. Bezüglich der Schweinebestände sind die Zahlen noch ungünstiger.

Die Leidtragenden von der Erdröselung der Gefrierfleischzufuhr sind nicht die Agrarien, sondern einzig und allein die Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten. In den Arbeiterquartieren liegt der Hauptverbrauch von Gefrierfleisch. Die statistischen Erhebungen beweisen, daß die Industriestädte mit einer überwiegenden Arbeiterbevölkerung den größten Gefrierfleischkonsum aufzuweisen haben. Es verbrauchten pro Kopf im Jahre 1926: Aachen 10,8, Hamburg 10,5, Gelsenkirchen 8,9, Dresden 7,4, Buer 6,2, Mannheim 5,5 und Leipzig 5,2 Kilogramm. Noch mehr sagt eine Erhebung des Berliner Statistischen Amtes über den Gefrierfleischverbrauch. Danach wurden in Weissensee, wo der Anteil der Arbeiter an der Gesamtbevölkerung 53,3 Proz. beträgt, pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1926 etwa 8,3 Kilogramm Gefrierfleisch verbraucht, während der Verbrauch in Zehlendorf, wo 19 Proz. der Einwohner Arbeiter sind, nur 0,2 Kilogramm betrug. Im Bezirk Friedrichshain mit 52,1 Proz. Arbeiterbevölkerung betrug der Gefrierfleisch 8,4 Kilogramm pro Kopf der Einwohner.

Deutlicher kann nicht bewiesen werden, wer die gefrierfleischverbrauchenden Schichten sind. Die neuen Pläne der Agrarien, die vom „Ministerium für Ernährung“ unterstützt werden, verteuern nicht nur das Fleisch, sondern vermindern auch seinen Verbrauch im Arbeiterhaushalt.

Das obengenannte Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Durch eine Sonderveröffentlichung des Enqueteausschusses (Unterausschuß für Landwirtschaft) waren erhebliche Mängel in der Gefrierfleischversorgung festgestellt worden. Der Ausschuß hat jedoch nicht die Aufhebung des bisherigen Einfuhrsystems vorgeschlagen, sondern unter Beibehaltung des zollfreien Gefrierfleischkontingents eine Reihe von Maßnahmen ausgearbeitet, um die festgestellten Uebelstände zu beseitigen. Der Ausschuß für Gefrierfleisch bei dem Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat sich gleichfalls mit diesen Fragen beschäftigt und Maßnahmen gutgeheißen, die sich mit den Vorschlägen des eben erwähnten

Unterausschusses decken. Unter diesen Umständen erscheint es den unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen überflüssig und im Interesse der minderbemittelten Volksschichten zurzeit sogar schädlich, das bisherige — und nunmehr verbesserte — System durch einen allgemeinen Gefrierfleischzoll zu ersetzen. Von einer Systemänderung darf im Augenblick um so eher abgesehen werden, als einerseits die Untersuchungen des Enqueteausschusses noch nicht beendet sind, andererseits in absehbarer Zeit der neue Zolltarif aufzustellen ist und bei dieser Gelegenheit zweifellos die Gefrierfleischfrage erneut zur Verhandlung stehen wird.

Bedauerlicherweise sind die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen im Gefrierfleischauschuß des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft nicht vertreten, obgleich sie diejenigen Schichten repräsentieren, für die die Erleichterungen im Gefrierfleischbezug gedacht worden waren. Wir halten es für dringend erforderlich, daß dieser Fehler alsbald behoben wird, und bitten Sie, Herr Minister, zu den Sitzungen dieses Beirats und zu allen Beratungen über diese Fragen künftig auch die unterzeichneten Organisationen einzuladen.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Josef Diermeier †. Von einem schweren Schlaganfall wurde der Deutsche Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband (Denag) getroffen. Am 4. Februar morgens verschied durch eingetretene Herzschwäche infolge einer Leistenbruchoperation sein 1. Vorsitzender, Josef Diermeier im Alter von 52 Jahren. Noch wenige Stunden zuvor weilte er in der Mitte seiner Vorstandskollegen zur Beratung der Pläne für die zukünftigen Aktionen. Diermeier ging aus Kleinbäuerischen Kreisen in Mittelfranken (Bayern) hervor. Nach der Schulzeit erlernte er das Bäcker- und Mühlenhandwerk und trat am 15. Dezember 1899 in München seiner Berufsorganisation bei. Nach kurzer Zeit wurde er Angestellter der Zählstelle und stand ihr bis zu seinem Weggang in den Verbandsvorstand als Geschäftsführer vor. Von 1907 bis 1918 war er Vorsitzender des Verbandsausschusses und im gleichen Jahre wurde er gegen seinen Willen vom 14. Verbandstag in Leipzig als 1. Verbandsvorsitzender gewählt. Auf diesem verantwortungsvollen Posten entwickelte er in den bewegten Jahren der Nachrevolutionzeit eine erfolgreiche Tätigkeit für seine Berufskollegen, wie in der allgemeinen Arbeiterbewegung. Bei der Errichtung des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates wurde er in dieses Parlament als Mitglied berufen. Der Internationalen Union der Lebensmittelarbeiter gehörte er seit der Gründung als Vorstandsmitglied an. Ein treuer Freund der Arbeiter, ein energievoller Anwalt als Wahrnehmer ihrer Interessen, ein aufrichtiger Kamerad ist aus den Reihen der Gewerkschaften gerissen worden.

Wahrheitswidrige Berichterstattung. Der „Deutsche Maschinist und Heizer“, Organ des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer, Nr. 2 vom 20. Januar 1928 bringt den Bericht des Vorstandes der Maschinisten und Heizer von ihrem Verbandstage in Frankfurt zum Abdruck. Es ist wohl überflüssig, zu sagen, daß der gesamte Bericht, soweit er sich mit unserem Verband befaßt, alles andere als etwa freundschaftlich gehalten ist. Wir haben nichts anderes erwartet; aber wenn der Kassierer des Verbandes, der Genosse Krahn, Berlin, in seinem Bericht erklärt — und zwar wider besseres Wissen erklärt —, daß unser Verbandsvorstand die in der „Roten Fahne“ erschienenen Angriffe gegen die Leitung des Verbandes der Maschinisten und Heizer direkt oder indirekt veranlaßt habe, so beneiden wir den Genossen Krahn nicht um den — na, „Mut“ ist das ja eigentlich nicht, sondern die deutsche Sprache hat dafür eine andere Bezeichnung. Krahn war nebenbei gesagt im Streit um die Oelgaswerke bei den Verhandlungen im Bundesvorstand derjenige Vertreter des Verbandes der Maschinisten und Heizer, der durch sein durchaus offenes und anständiges Betragen unsere Vertreter veranlaßt hatte, keine Verschärfung in diesen Konflikt hineinzutragen. Wie der Bericht zeigt, kann der Genosse Krahn also gelegentlich auch anders. Wie sagte doch der Vertreter des Verbandes der Maschinisten und Heizer Balleng in der Bundesausschussung, die sich mit dem Oelgaskonflikt befaßte: „Mit Moral hat die Sache nichts zu tun!“ Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

Gesetz und Recht

Gehalts- und Lohnpfändungen. Nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Dresden vom 9. August 1927 — 9 C Reg. 298/27 — ist bei Errechnung des pfändbaren Gehalts- und Lohnanteiles nicht der Bruttolohn, sondern das Einkommen zugrunde zu legen, das nach Abzug der Lohnsteuer, der Kranken-, Invaliden- und sonstigen Sozialversicherungsbeiträge sowie etwaiger Pensionskassenbeiträge verbleibt. Nicht zu kürzen sind dagegen Kleiderkassenbeiträge, Lebensversicherungsbeiträge und die an etwaige unehelichen Kinder zu gewährenden Unterhaltsbeiträge. (Mitteilungen des Sächsischen Gemeindetages, Nr. 12, Ausgabe A, Spalte 600.)

Besichtigung einer Konsumgenossenschaft



ast du, verehrter Leser, schon einmal eine Konsumgenossenschaft besichtigt? Nicht nur in den größeren Städten Deutschlands, sondern auch in zahlreichen Mittelstädten, besonders im Freistaat Sachsen, in der Mark Brandenburg usw. bestehen zahlreiche Konsumvereine mit sogenanntem Eigenbetrieb für die Produktion. Dazu kommt als umfassendste Produktionsgenossenschaft und Versorgerin für die meisten Konsumgenossenschaften die Groß-Einkaufs-Genossenschaft, die selber riesige Fabriken (Seife, Tabak, Zündhölzer, Teigwaren, Fleisch usw.) im Betrieb hat, die außerdem in- und ausländische Markenartikel und wichtige Konsumgüter beschafft unter Ausschaltung des horrenden Großhandelsgewinns des Privathandels. In den Großstädten veranstalten Arbeiterparteien und Gewerkschaften in regelmäßiger Folge besondere Besichtigungen der konsumgenossenschaftlichen Eigenbetriebe. Sehr häufig beteiligen sich auch die Frauen der Mitglieder der Genossenschaften, Gewerkschaften, Parteien usw. daran. Die Frauen sind ja eigentlich die Entscheidenden in dieser ganzen Angelegenheit; denn sie müssen den Haushalt führen, sie benötigen die Waren und sie sind entweder die größte Förderung oder das größte Hindernis für die Konsumvereinsbewegung.

Allzuoft ist es gerade die Frau, die aus den verschiedensten Scheingründen heraus Widerstand leistet, auch dem eigenen Mann gegenüber. Angeblich ist die Ware nicht gleichwertig gegenüber den privaten Geschäften, die Kleverkäufer sind bequemer zu erreichen. Es kostet also weniger Zeit, man müsse „stundenlang“ anstehen in den Konsumgeschäften. Die Bedienung sei weder gewandt noch höflich und die Rückvergütung (Dividende) würde von den Kleinhändlern ebenfalls in Form von Marken in gleicher Höhe bezahlt. Außerdem gibt es noch „Zugaben“ und schließlich seien die Preise sogar im Konsumverein nicht billiger. Wenn man diese Argumentation mancher konsumvereinsfeindlichen Frau hört, mag es dem Mann leidlich erscheinen — solange er sich nicht um die Dinge kümmert. Er begnügt sich dann gewöhnlich mit dem „prinzipiellen“ Argument: „Wir müssen aber grundsätzlich Mitglieder des Konsumvereins werden. Es ist das eine Genossenschaftspflicht.“ Würde der Kollege sich einmal etwas gründlicher mit den Behauptungen seiner Frau beschäftigen, so müßte sich herausstellen, daß sie auch materiell in keiner Weise stichhältig sind. Heute ist die Konsumvereinsbewegung bereits soweit, daß sie im allgemeinen tadellose Waren zu Marktpreisen abgeben kann, oftmals darunter, insbesondere, soweit die Waren durch eigene Fabrikation hergestellt werden.

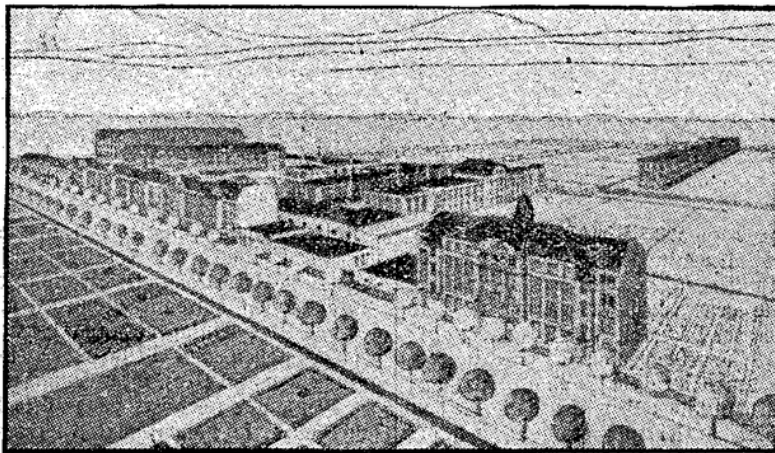
Daß die Herstellung in hygienischer wie in jeder andern Beziehung einwandfrei ist, kann man am besten erkennen, wenn man eine Besichtigung der Eigenbetriebe der Konsumvereine vornimmt. Da hierzu häufig Gelegenheit ist, möchten wir unsern Lesern, insbesondere den Frauen, dringend raten, einmal an solcher Besichtigung der Eigenbetriebe ihres örtlichen Konsumvereins teilzunehmen. Denn was ist wohl der Sinn dieser Besichtigung? Sie soll dem Mitglied des Konsumvereins die volle Bedeutung seiner Mitgliedschaft zum Bewußtsein bringen, aber auch dem Nichtmitglied Gelegenheit geben, einen Einblick zu nehmen, der ihn zumeist bestimmen dürfte, seine Indifferenz aufzugeben und selber Mitglied zu werden. Die Besichtigungen haben also informativ, aufklärenden und werbenden Zweck. Die zahlreichen „Unstimmigkeiten“, die das naive Konsumvereinsmitglied, insbesondere unsere Frauen, im sanften Busen hegen, können sehr wohl dadurch geklärt werden. Gewiß ist zuzugeben, in dieser Welt der Unvollkommenheit ist auch am Konsumverein allerhand anzusehen und zu verbessern. Gemessen aber an den parallelen Einkaufsquellen der Arbeiterschaft, den Kleinhändlern, deren Waren allzuoft weder hygienisch einwandfrei hergestellt, noch hygienisch aufbewahrt werden, deren Räume nach jeder Richtung hin unzu-

länglich sind und die ihr kleinbürgerliches Dasein meist dadurch fristen, daß sie entweder die Angestellten und Lehrlinge ausbeuten oder selber sich eine ungeheuer lange Arbeitszeit zumuten, sind diese in keinem Fall entfernt gleichwertige Faktoren.

Will man kritisieren und Verbesserungen herbeiführen, so muß man zunächst eine Sache gründlich kennen. Dazu dient auch die Besichtigung unserer Konsumvereinsbetriebe. Mit bloßem politischen oder wirtschaftlichen Rasonnement, durch herabsetzende Kritik oder gar Austritt kann natürlich die Konsumvereinsbewegung nicht gefördert, sondern nur geschädigt werden. Es hat auch nicht allzuviel Sinn, wenn man aus „grundsätzlichen“ Erwägungen Konsumvereinsmitglied ist, ohne von seiner Mitgliedschaft erheblichen Gebrauch zu machen. Papier Soldaten haben in der Konsumvereinsbewegung eine noch geringere Bedeutung als in Partei und Gewerkschaft.

Häufig wird sich bei gründlichem Studium der Konsumvereinsliteratur, die ja allen Mitgliedern regelmäßig zugestellt wird, sowie bei Besichtigung der Eigenbetriebe klar herausstellen, daß im Rahmen des Menschenmöglichen schon viel mehr geschieht, als sich die meisten kritisch verlangten Konsumvereinsmitglieder träumen lassen. . . .

Wir wollen aber beliebig nicht die kritisch Gestimmten vor den Kopf stoßen oder gar ihre kritische Ader unterbinden. Die regelmäßig wiederkehrenden Versammlungen der Konsumvereinsmitglieder geben hinreichend die Möglichkeit, Vorschläge zu machen, Anträge zu stellen und dafür einzutreten, daß offensichtliche Mängel, technische Unvollkommenheiten, Verkehrs- und Entfernungsschwierigkeiten durch besondere Maßnahmen überwunden werden.

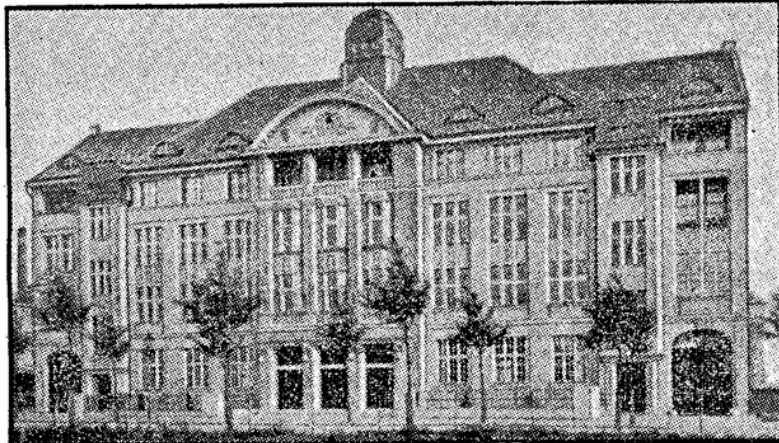


Zentrale der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung, Siedenberg, Rittergutfstraße 10/3.

Jammerhin möchten wir aus Anlaß einer Besichtigung, die wir vor kurzem in den Betrieben der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung vornahmen, einige Dinge in den Vordergrund stellen, die doch recht beachtlich sind. Zunächst fällt in die Augen die Großzügigkeit aller Einrichtungen. Die Bauten in Berlin-Siedenberg sind luftig, weit, groß, die Arbeitsräume hygienisch einwandfrei, zum Teil geradezu schön zu nennen. Das Verwaltungsgebäude bietet einen imposanten Anblick von der Kraft und Größe der Berliner Konsumgenossenschaft. Die Arbeitstätigkeit in den einzelnen Räumen, Werkstätten usw. ist bei aller Mannigfaltigkeit so übersichtlich geordnet, daß man hier von einem wahrhaft rationalisierten, modernen Großbetrieb sprechen kann. So darf es nicht wundernehmen, daß besonders in den letzten Jahren sich nicht nur die Mitgliedschaft erheblich gesteigert hat (insbesondere, wenn man die wirklich kaufenden Mitglieder rechnet), sondern daß auch die Umsätze gewaltig gesteigert sind. Nach einer Aufstellung der Berliner Konsumgenossenschaft kann man für 1927/28 25 000 bis 30 000 Neuaufnahmen rechnen, so daß die früher bereits einmal erreichte Zahl von mehr als 160 000 Mitgliedern sehr bald wieder erreicht sein dürfte. Der beste Überblick, die Stärke eines Konsumvereins, aber sind die Umsätze. Während der Umsatz in der Nachinflationszeit, 1924/25, 27 Millionen Mark betrug, war er 1926/27 bereits auf 40 Millionen Mark gestiegen und die Abrechnung über 1927/28 läßt nach internen Mitteilungen einen Umsatz von mehr denn 50 Millionen Mark erwarten. Der Durchschnittsumsatz jedes Mitgliedes (Familie) ist von 177,76 Mk. (1924/25) auf 316,08 Mk. (1926/27) gestiegen. Mit dem laufenden Jahre wird er auf mehr denn 400 Mk. errechnet. Naturngemäß sind demzufolge auch die Verkaufsstellen entsprechend gewachsen. Man zählt allein in Groß-Berlin 228 Lebensmittelabgabestellen, 18 für Fleisch, 5 Warenhäuser und 3 für Manufakturwaren. Weitere Abgabestellen sind in Vorbereitung. Im Laufe des Monats Februar 1928 soll in der Oranienstraße in Berlin SO. ein großes Warenhaus (ehemals Kaufhaus Maack) errichtet werden. Man rechnet hier mit Millionenumsatz und erwartet eine neue Ära des Aufstiegs davon. Die Schwierigkeit für Berlin war schon immer besonders groß. Während Leipzig,

Hamburg und eine Anzahl Mittelstädte in dem Konsum seit Jahrzehnten vorbildlich gearbeitet haben, hat Berlin vielerlei Hemmungen, die sich zum Teil aus geschichtlicher Entwicklung, zum Teil aber auch aus der ungeheuren Ausdehnung des glänzend entwickelten Warenhauswesens ergeben. Dazu kommt, daß bei den Berliner Familien viel zu viel Anhänglichkeit zu den meist viel bequemer erreichbaren Kleinhändlern besteht, die oftmals einen Kredit gewähren und dadurch persönliche Beziehungen mit ihrer Kundschaft pflegen. Das mag, rein menschlich gesehen, mitunter ganz begründlich sein, ist aber vom Standpunkt eines modern ein-

gestellten Arbeiters doch eine arge Rückständigkeit! Insbesondere die Frauen müßten sich von diesem Ueberbleibsel einer alten Tradition freimachen. Wir möchten behaupten: Wer einmal in den Eigenbetrieben der Konsumgenossenschaft in Berlin und Umgegend Gelegenheit hatte, einen tieferen Einblick zu tun, wer beobachtet hat, wie unter musterartigen Arbeitsverhältnissen, besonders in der Bäckerei, im Großbetrieb, hygienisch einwandfrei die leckern Konditorwaren sowohl wie die Konsumbrote hergestellt werden, der geht so leicht nicht mehr zurück zu den mehr denn 3500 Kleinbäckern Berlins, deren Arbeitsräume allzuoft die elementarsten Anforderungen an Hygiene, Reinlichkeit usw. vermissen lassen, wie aus zahlreichen Prozessen und Gerichtsverhandlungen festgestellt worden ist. Der Berliner Konsumverein hat neben der Bäckerei, Konditorei, Pfefferkuchenzfabrik eine Wurst- und Mineralwasserfabrik, eine Kaffeerösterei, Wäscherei sowie für den Eigenbedarf eine Schlosserei und Tischlerei eingerichtet. Will man einen Begriff bekommen von dem ungeheuren Tätigkeitsgebiet, so sei nur erwähnt, daß die Stundenleistung für Brot allein 1300 beträgt. Zweihundert Personen sind im Zweischichtensystem in der Bäckerei beschäftigt. Jeder hat die Verpflichtung, vor Antritt seiner Arbeit die Badeanlagen zu benutzen. Riefig in der Entwicklung begriffen ist auch die Fleischerei, die gegenwärtig mit nahezu hundert Personen arbeitet. Ein großer Erweiterungsbau ist bereits in Angriff genommen. Der Gefrierfleischlagerraum umfaßt allein 2000 Zentner. Der Absatz an Gefrierfleisch beträgt monatlich 1000 Zentner. Nebenbei bemerkt sehen wir daraus, wie unheilvoll sich das Attentat der Agrarier und der Bürgerblockregierung zwecks Erschwerung der Einfuhr des Gefrierfleisches auswirken muß. Die Wurstfabrikation umfaßt jede Woche 2000 Zentner. Es erfolgt eine monatliche Verarbeitung von 1500 bis 1800 Schweinen. Jeder



Verwaltungsgebäude, Berlin-Lichtenberg, Rittergutfstraße 17/18. In diesem Gebäude sind die kaufmännische und die technische Abteilung untergebracht

Arbeiter bekommt besondere hygienische Arbeitskleidung geliefert. Die Mineralwasserfabrik liefert pro Jahr eine Million Selter und Brauselimonaden.

Diese wenigen Zahlen geben nur einen kleinen Ausschnitt. Sie können eine Selbstbesichtigung des Betriebes nicht ersetzen! Wir möchten aber noch daran erinnern, daß auch die sozialen Leistungen des Konsumvereins recht erheblich sind. So ist durch Erwerb eines Landgutes dessen Herrschaftshaus zu einem Kinderheim umgestaltet worden, in dem 38 erholungsbedürftige Kinder von Genossen und Mitgliedern für vier Wochen Aufenthalt finden. Für Kinder erwerbsloser Mitglieder ist der Aufenthalt frei. Andere haben einen Verpflegungszuschuß von 75 Pf. pro Tag zu entrichten.

Der gesamte städtische Grundbesitz der Konsumgenossenschaft beträgt zurzeit 180 000 qm, wovon 84 000 auf Lichtenberger Besitz fallen.

Wie wurden nun alle diese ungeheuren Summen aufgebracht, um solche Produktion zu gestalten und die Betriebsmittel dafür zu beschaffen? An eigenem Kapital hat die Berliner Konsumgenossenschaft nach der letzten Bilanz 1,7 Millionen,

Mitgliederbeteiligungsanteile 1,5 Millionen Mark. Dabei kommen noch die Einlagen aus der Genossenschaftsparkasse in Frage, die in der Dorinflationszeit bereits die Summe von 24 Millionen Mark erreicht hatten. Sie wurden mit 20 Proz. aufgewertet. Der gegenwärtige Einlagenbestand beträgt 20 Millionen Mark. Insgesamt flossen den Mitgliedern im Jahre 1926/1927 Rückvergütungen von 4 Proz. ihres Umsatzes zu.

Wenn wir aber das ganze Bild bei der Beschäftigung recht erfassen haben, so kommt man doch von dem Gedanken nicht los, um wieviel größer doch noch der private Handel in Groß-Berlin ist. Noch sind wir eine kleine Insel im wogenden Meer. Das Arbeitsfeld für die Genossenschaft ist schier unbegrenzt. Kaum der zehnte Teil der Berliner Bevölkerung ist genossenschaftlich erfaßt und nicht einmal 5 Proz. des Umsatzes werden von der Genossenschaft besorgt. Wir haben Städte, in denen mehr als die Hälfte des Gesamtbedarfs von den Konsumgenossenschaften gedeckt wird. Es bleibt also für die Berliner noch eine große Aufgabe. Mögen unsere Kollegen Gelegenheit nehmen, sich gleichfalls einer Beschäftigung der Eigenbetriebe der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend anzuschließen. Sie werden gewiß als begeisterte Propagandisten des Berliner Konsumvereins in verstärktem Maße die Arbeit aufnehmen. Ebt.

Einkaufen gehen . . .



In den kleinen Dingen des Lebens, da liegt der Hund begraben! Nach außen hin machen sie ein harmloses Gesicht — in Wirklichkeit sind sie voll Tücke und Hinterlist. Bemerke ich da neulich zum Beispiel, daß meine Zahnbürste anfängt, schäbig zu werden. Sie streckt ihre letzten Borsten in die Luft und hat von dieser Welt genug. „Na,“ denke ich, „muß man halt eine neue Zahnbürste kaufen. Das ist eine einfache Sache.“ Und gehe los, streckt in das nächste Parfümeriegeschäft. „Guten Tag,“ sage ich, „geben Sie mir eine Zahnbürste“ — und glaube, daß alles in zwei Minuten erledigt sein wird, kaufen, bezahlen, einpacken und weggehen.

Fragt sie, die Verkäuferin, eine ganz hübsche junge Person: „Eine Zahnbürste? Oh, bitte sehr! Was für eine?“

„Was für eine?“ frage ich. „Wie soll ich das wissen?“

Meint sie: „Eine gewöhnliche? Oder darf es eine bessere sein?“

„Ach so,“ sage ich, „eine ganz gewöhnliche. Oder auch eine bessere. Das ist mir alles eins. Zeigen Sie mir halt etwas.“

Jetzt geht der Teufel los. Sie nimmt von der Wand ein paar Duzend Schachteln herunter, stellt sie auf den Ladentisch und packt aus. Da gibt es hölzerne Zahnbürsten und beinerne und noch andere mit farbigen durchsichtigen Griffen, solche, die gerade, und solche, die krumm gebogen sind, welche mit weichen, welche mit

harten Borsten, mit Auszahnungen und ohne und noch alle möglichen Kombinationen dazu, kein Mensch weiß warum. Der Kuckuck mag wissen, welche man nehmen soll — ich weiß es nicht.

Was verstehe ich davon? Ich bin ja kein Sachmann in Zahnbürsten. Aber jetzt soll ich aus diesem Haufen da doch eine aussuchen! Ach, denke ich — Unterschied hin, Unterschied her —, bei mir ist der Preis die Hauptsache. „Welche ist die billigste?“ frage ich also, „ich bin in Zahnbürsten nicht wählerisch. Die billigste wird gerade recht sein.“

Darauf legt sie mit spitzen Fingern eine magere, armelige Bürste vor mich hin. Ich sehe sie an, sie tut mir leid.

„Ist die auch was wert?“ frage ich.

„O ja,“ sagt die Verkäuferin recht gedehnt, „für den Preis ist sie ganz gut“, dann, nach einer Weile, während ich das arme Dingsda hin und her drehe, meint sie: „Ich würde Ihnen aber doch eine bessere empfehlen, die Ihnen doppelt so lange hält und nur um die Hälfte teurer ist.“

„So,“ sage ich, „das ist interessant. Das ist ja dann eine Riesenersparnis. Lassen Sie sehen.“

Und die nette Person da erzählt mir im Verlauf der Dinge ganz gern, wie man so eine Bürste macht und was die Unterschiede zu bedeuten haben. Das interessiert mich sehr, weil ich nichts davon verstehe. Kurzum, ich fange zu fragen an, sie antwortet, und auf einmal stellt sich heraus, daß so ein kleiner Schmarren von Bürste eigentlich ein ganz geschicktes konstruiertes

Die Tragik, Angestellter zu sein!

Das war eine Freude und ein Jubel bei der Familie Sezer. Lustig ging es her. Alle Blutsverwandten und Bekannten — soweit sie nicht Sozialdemokraten waren — hatten sich eingefunden. Das Grammophon krachte den „Fridericus-Rex-Marsch“. Im militärischen Marschtempo — gleich einer Herde Gänse — durchzog die Festversammlung die Dachwohnung, die aus Stube, Kammer und Küche bestand. Die Gläser klirrten; ein Hoch über das andere wurde dem braven, lieben, tüchtigen Karl Sezer gebracht. Er hatte es erreicht. Sein und seiner lieben Frau Traum war Wirklichkeit geworden. Karl war tüchtig; Karl war ein Streber. Jeder Mensch soll ja streben. Sein Streben war in Erfüllung gegangen: Karl war vom Arbeiter zum Angestellten befördert worden! „Ja, das ist ein Grund zum Trinken“, hörte man eine Stimme schreien. Im Chor stimmten alle ein in das „schöne“ Lied: „Kommt, Brüder, wir trinken noch eins...“ und ein Festgenosse mit dichterischer Veranlagung gab den Senf dazu:

Es ist ja so schön auf der Welt,
und haben wir's erst zum „Angestellten“ gebracht,
dann verzubeln wir das Geld
und feiern wieder ein Fest, daß die Bude kracht!!!...

Die gute Frau Sezer war zu Tränen gerührt, denn die Anwesenden sangen das Lied: „Lobet den Herren, den mächtigen König der Erden!...“ — Ach, wie oft hatte ich gebetet: „Lieber Gott, laß' meinen Karl „Angestellter“ werden!“ Gott hatte ihr Gebet erhört. Sie war nun nicht mehr die Frau eines „Arbeiters“. Jetzt brauchte sie sich nicht mehr vor den Hausgenossen zu schämen. Denn die Familie Sezer wohnte in einem „vornehmen“ Hause. Mein Freund auch, denn er wohnte bei ihnen in Schlafstelle. Alle Mieter des Hauses waren — nach Anschauung von Frau Sezer — „vornehme“ Leute. Die Familienväter, als Angestellte des Staates und der Stadt, verdienten sich ihren Lebensunterhalt nicht als hülde Arbeiter, wie Frau Sezer einmal zu urteilen geruhete, sondern als Lehrer, die in Schulen Kinder unterrichteten, und als Sekretäre, die in Bureaus als Schreiber tätig sind. Und die gute Frau Sezer wußte auch, was sie ihren hohen Hausgenossen schuldig war. Mein Freund, ihr Schlafbruder, auch ein Angestellter, durfte die Zeitung der „Roten“ nicht ins Haus bestellen. Dagegen die L. N. N. oder die N. L. Z. Das waren die Tageszeitungen der vornehmen Leute. Durch diese Blätter konnte sie sich an Wissen bereichern und deshalb verschlang sie auch die Sensationsnachrichten über den Kampf der Alkoholindustrie gegen die Antialkoholbewegung, Verlobungs- und Heiratsanzeigen, Todesfälle usw. usw. Sie hatte erkannt, daß die Bildung der erste Schritt auf dem Wege zur Freiheit ist. Dieses geistige Bildungsmaterial erhielt sie „gratis“, als Entgelt für die Besorgung von Wegen für die vornehmen Hausgenossen.

Die „rote“ Gewerkschaft, in der ihr Karl Zwangsmitglied war und für die er nur unregelmäßig Beiträge bezahlte, hatte ihr Ständebewußtsein besonders verlehrt. Beide schimpften auf die

hohen Gehälter der Bonzen. Sie waren der Auffassung, daß die Funktionäre der Gewerkschaften in den Betrieben sich in diese unfreiwillig bezahlten Beiträge teilen würden, also bezahlte Funktionäre wären, die die Interessen der Familie Sezer und ihrer Gesinnungsgenossen verraten. Mein Freund, ein Blutsverwandter der Frau Sezer, war ehrenamtlicher Funktionär der Gewerkschaft. Durch jahrelange Arbeit hatte er sich das Vertrauen seiner Betriebs- und Gewerkschaftsgenossen erarbeitet. Auch er wurde Angestellter. Er hatte nicht danach gestrebt, Angestellter zu werden, um nicht mehr Arbeiter zu sein, sondern die ihm übertragene Arbeit brachte und rechtfertigte seine Anstellung. Er ist stolz darauf, Arbeiter zu sein. Nicht sein Bewußtsein, daß er Angestellter ist, bestimmt sein Sein in der Gesellschaft, sondern sein Sein in der Gesellschaft — das er fristet mit einer gesellschaftlich notwendigen geistigen und manuellen Arbeit, als Arbeiter mit einem Angestelltenvertrag, deshalb Angestellter genannt — bestimmt sein Bewußtsein. Aus diesem Sein entspringt sein Handeln im Interesse seiner Klasse.

Anders dachte Herr Sezer. Er verbreitete das Gerücht im Betrieb, mein Freund sei aus der „roten“ Gewerkschaft und aus der Partei ausgetreten; sein Gemeinderatsmandat habe er niedergelegt und er lese auch keine Arbeiterzeitung mehr. Herr Sezer sagte, mein Freund sei ein Lump und Arbeiterverräter; nimmermehr werde er sich mit diesem Menschen an einen Tisch setzen und an einer Familienfeier teilnehmen, wo dieser Verräter der Interessen der Arbeiterklasse anwesend sei. — Diesen Anwürfen, die in mehreren Betrieben verbreitet wurden, konnte nur unter Aufbietung aller Energie und geistigen Kräfte aller Freunde und Bekannten meines Freundes entgegengetreten werden. Seelische Erschütterungen und manche schlaflose Nacht führten schließlich zu einem Hartwerden meines Freundes gegenüber unberechtigten Angriffen. Schließlich wurden die bösen Zungen zum Schweigen gebracht. Mein Freund blieb seiner Gesinnung treu; in seinem Verhältnis zur Gewerkschaft, Partei und Arbeiterzeitung hat sich nichts geändert. Herr Sezer aber ist — trotz seiner Anstellung — weder Arbeiter, noch Angestellter, sondern ein Schädling für die Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

Die Moral von diesem Erlebnis ist: Arbeiter und Angestellte, erkämpft euer Sein im Leben! Seid stolz darauf, daß ihr zur Klasse des Proletariats gehört! Tretet ein für den Ausbau der freien Gewerkschaften, als die berufenen Vertretungen für die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Dazu möge dieses bittere Erlebnis, welches dem Tagebuch meines Freundes entnommen ist, beitragen.

W. Schapik.

Staatsgesinnung der Arbeiter kann nur aus der Erkenntnis erwachsen, daß der Staat nicht das Instrument einer Herrschaft, sondern eine Einrichtung nationaler Wohlfahrt ist. Und diese Erkenntnis kann nicht durch rechtsbürgerliche Predigten, sondern nur durch erlebte Tatsachen gewonnen werden.

W. Solmann.

Ding ist. Und zum Schluß kommen wir beide überein, daß also die teuerste Bürste eigentlich die billigste ist, weil sie noch viel länger hält und noch viel besser und gesünder ist als alle andern. Ich werde ein Jahr damit auskommen, eine Menge Kertzerechnungen ersparen und prachtvoll schöne, weiße Zähne davon haben, vielleicht kann ich dann damit sogar eine gute Partie machen. Das liegt alles, wenn man es genau bedenkt, im Bereich der Möglichkeit.

Die Vorteile dieser Bürste ergeben sich also sonnenklar. Ich kaufe sie gern und bin der netten jungen Dame sogar sehr dankbar dafür.

In dieser Dankbarkeit kaufe ich zu der schönen Bürste auch noch eine Hülse dazu, die das Dingsda schonen wird — wieder eine Ersparnis. Dann noch eine Tube Zahnpaste, die gehört selbstverständlich dazu. Und außer einer feinen Toilettenseife — der letzten aus einer Lieferung, um die sich alle Leute gerissen haben, weil sie so gut ist — noch eine Rasierseife, die gleichzeitig gegen Sommerprossen wirkt, ein Duzend Rasierklötzen, ein Fläschchen mit einem Spezialöl, damit die Haut nach dem Rasieren wieder schön weich wird... und sonst noch ein paar Dinge, die gerade bei der Hand sind und die man gut brauchen kann.

Ich bin im Kaufen, es macht viel Spaß. Ueberdies: was man für sein Aussehen tut, ist wohlgetan! Und ein Mann, der sich eventuell doch mit Heiratsgedanken befassen will, muß unbedingt auf sich sehen.

Es ist ein ganz schönes, großes Paket, mit dem ich dann endlich nach Hause gehe — fürs Bureau ist es inzwischen zu spät geworden.

Zu Hause, während der Mittagszeit, puße ich mit den vielen schönen Dingen meinen Waschtisch wie einen Weihnachtsbaum auf. Das ist ein hübscher Zeitvertreib. Zum Mittagessen kann ich sowieso nicht mehr gehen, weil ich alles Geld dort in dem lieben Parfümerieladen gelassen habe.

Der Magen, das Tier, knurrt freilich und will keine Ruhe geben. „Beruhige dich, alter Kerl,“ sage ich da zu ihm, „vor diesen edleren Genüssen hast du zu kuscheln, verstehst du?“

Damit wird mir ganz froh zumute und endlich denke ich mir: nun, bis zum Ersten werde ich es, ohne zu essen, schon aushalten. Dafür werde ich von nun an täglich vorzüglich Zähne putzen und rasieren können. Die Kollegen im Bureau sagen ohnehin immer: „So oft man dich sieht, bist du nie rasiert.“ Und wer weiß — die Damen, sagt man, haben scharfe Augen...

Seither stolziere ich jeden Tag glattrasiert herum.

Aber diese Leute sind so komisch: niemand bemerkt es.

Niemand.

Nicht ein einziger!

Nicht ein Wort reden sie jetzt über mein Aussehen!

Und die Damen?

Ich habe es mir gut überlegt: ich werde doch viel lieber allein bleiben...

Otto Bielen.

Die unbekanntenen Bekannten

Jeder von uns hat eine ganze Menge von Bekannten, die er aber eigentlich doch nicht kennt: Es sind dies jene Menschen, denen wir auf unseren regelmäßigen Wegen begegnen, wenn wir täglich zur gleichen bestimmten Stunde zur Arbeit oder von ihr nach Hause gehen oder fahren. Des Morgens, zu Mittag, am Abend. Täglich sehen wir sie und gewöhnen uns an ihren Anblick dermaßen, daß wir nach ihnen förmlich Ausschau halten, wenn wir sie nicht gewohnter Weise aus dem Gemüß der Straße oder im Gedränge der Straßenbahn oder des Autobus auftauchen sehen. Es sind Menschen, die gleich dir nach der Arbeit gleichgestellter Uhr denselben Weg machen müssen. Sie kennen dich, so wie du sie kennst, und wir alle sind einander unbekannt Bekannte.

Man braucht nur einmal ein wenig darüber nachzudenken, um staunend wahrzunehmen, wie groß dieser Kreis unserer unbekanntenen Bekannten in Wirklichkeit ist. Da ist jener Herr mit dem wohlgepflegten Vollbart, der seinem Besitzer das Aussehen eines Künstlers verleiht und dich an Leonardo da Vinci erinnert; dann der kleine, rundliche Herr mit den behenden Bewegungen und den listig dreinschauenden Augenlein, zwischen denen eine keck und munter in die Welt stehende Nase sitzt, die fortwährend zu schnuppern scheint; ferner der große, breitschulterige Mann mit dem Prothesenfuß, der bei jedem Schritt knarrt und quietscht; sein Leidensgefährte ist ein kleines, schwächliches Männchen, in dessen rechten Rockärmel statt des Armes ein künstlicher steckt. Zu dem Kreise der unbekanntenen Bekannten gehört auch der hütelnde Herr, der im Herbst, im strengsten Winter und auch im Frühjahr immer denselben Regenmantel aus Gummi trägt, der an den Ärmeln schon zerchliffen ist; die mollige Dame, die an jedem Morgen mit ihrem Töchterlein zur Schule fährt, die Zwergin mit dem strohblonden Haare, der junge, geschneigte und über alle Maßen uninteressiert dreinschauende Bursche, jenes Mädchen, unter dessen grünem Filzhut ein ernstes, fast männliches Gesicht hervorschaut, dann das Fräulein, dessen schwarzes Kraushaar unter dem lilafarbenen Topfhut hervorquillt; der korpulente Herr, der zu jeder Jahreszeit sein schon stark gelichtetes Haar ohne Kopfbedeckung zur Schau trägt; jener robuste Mann, der in seiner Lederjacke wie eine riesige Preßwurst aussieht, und viele, viele andere: Männer, Frauen, Mädchen. Du kennst ihre Gesichtszüge, ihre Kleidungsstücke, auch ihre Stimmen, aber nicht ihre Namen.

Der Schaffner, der Motorführer, der Wachmann an der Straßenkreuzung, sie alle gehören in den Kreis der unbekanntenen Bekannten. Auch die blinde Frau, die bei dem Wartehäuschen der Straßenbahnhaltestelle die Zither spielt, und der Alte, der an der nächsten Kreuzung auf seiner Fiedel krakt. Der Plakatierer, der mit seinem Wägelchen, an dem Kleistertopf und Leiter hängen, am Geleise der Straßenbahn entlang fährt und an den Sitzsäulen die Plakate anklebt. Der Kreis unserer Bekannten, die wir doch nicht kennen, ist sehr groß und mannigfaltig.

Die tägliche gemeinsame Fahrt in der Straßenbahn bringt es aber mit sich, daß man oft ungemollt die Gespräche seiner „Bekanntenen“ anhören muß und so auf diese Art manche Einzelheit erfährt, die auf den Stand, Beruf und die Meinungen der Betroffenen schließen läßt. Und so erfährt man eines Tages, daß der Herr mit dem Vollbart kein Maler, sondern Magazineur ist, daß der kleine rundliche Herr mit den listigen Augenlein im Dienste einer Spebitionsfirma Frachtbriefe und Zolldeklarationen ausfüllt, der Mann mit dem künstlichen Arm sein Brot als Buchhalter verdient, trotz des fehlenden Armes; der Mann der molligen Dame, die ihr Töchterlein zur Schule begleitet, ist ein Magistratsbeamter, das kraushaarige Fräulein mit dem lilafarbenen Topfhut ist eine leidenschaftliche Touristin; der Mann, der wie eine Preßwurst aussieht, ist Kassierer; die Zwergin arbeitet bei einem Photographen als Gehilfin; der immerzu hütelnde Herr mit dem Gummimantel ist bei einer Versicherungsgesellschaft als Kanzleikraft beschäftigt. So gewinnt man, ohne es zu wollen, Einblick in die wirtschaftlichen und familiären Verhältnisse seiner unbekanntenen Bekannten und wird mit der Zeit mit ihren Schicksalen vertraut.

Aber nicht auf unseren regelmäßigen Gängen und Fahrten, sondern auch in der unmittelbaren Umgebung unseres Wohnsitzes erleben wir solche Bekannte, die wir nicht kennen. Da gibt es vielerlei Leute, denen man in den Gassen nahe der Wohnung begegnet. Jahraus, jahrein. Wir sehen sie von Zeit zu Zeit, gewahren an ihnen, wie sie sich verändern, besser oder schlechter aussehen und altern. Zu diesem Bekanntenkreise gehören auch die Kinder, die auf der Gasse spielen und mit der Zeit heranwachsen: aus den Jungen werden Burschen, deren Stimme bereits den kindlichen

Klang verliert, und die Mädchen, die noch vor wenigen Jahren unbekümmert um die Vorübergehenden auf der Gasse ihr „Ringelringel-reih!“ gesungen haben, sind Backfische geworden und aus diesen stattdessen Mädchen und auch junge Frauen. An ihrem Heranwachsen merkt man, um wieviel man selber älter geworden ist.

Und während so die Zeit verrinnt, verändert sich auch der Kreis unserer „Bekanntenen“ unmerklich, aber unauffhaltsam. Das eine oder das andere bekannte Gesicht bleibt aus, ohne daß es einem zunächst auffällt. Wird man dessen gewahr, dann denkt man vorerst: vielleicht ist er (oder sie) um eine Elektrizität früher oder später dran als sonst. So vergehen vielleicht Wochen, bis man merkt, daß unser „Bekanntenenkreis“ um diesen oder jenen Menschen kleiner geworden ist. Kleiner? Eigentlich nicht. Denn er bekommt täglich neuen Zuwachs, sei es auch dadurch, daß wir jemanden bemerken, der schon früher da war, aber bisher unserer Aufmerksamkeit entgangen war.

So verändert sich der Kreis unserer unbekanntenen Bekannten unaufhörlich. Er ist heute ein anderer als vor zehn Jahren. Und in abermals zehn Jahren wird er ein anderer sein als heute. Aber im Grunde genommen sind es immer die gleichen Bekannten, die wir nicht kennen, die unsere Wege kreuzen, bis sie das Schicksal, Krankheit, Arbeitslosigkeit oder der Tod aus unserem Gesichtskreis reißt.

Und eines Tages wirst auch du den andern, denen du auch ein unbekannter Bekannter bist, aus deren Gesichtskreise entrückt werden: Sei es, daß du mit einer anderen Elektrizität fährst, oder...

H e d r i c h H o l e k.

Genossenschaftliche Eigenproduktion

Der Gesamtumsatz der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. betrug im Jahre 1926 294 173 971,27 Mk., im Jahre 1927 373 041 885,29 Mk., das ergibt für 1927 einen Mehrumsatz von 78 867 914,02 Mk. = 26,81 Proz.

Der Wert der in den eigenen Betrieben hergestellten Erzeugnisse betrug im Jahre 1926 45 675 779,92 Mk., im Jahre 1927 63 137 490,42 Mk., also ein Mehrumsatz für 1927 von 17 461 710,50 Marka = 38,23 Proz.

Die seit 1924 einsetzende Aufwärtsbewegung kommt auch in den Steigerungen der Umsätze der GGG. zum erfreulichen Ausdruck; hierfür folgende Vergleichszahlen: 1913 154 047 316 Mk. Gesamtumsatz, 10 111 037 Mk. Eigenproduktion; 1925 228 169 471 Marka Gesamtumsatz, 35 339 389 Mk. Eigenproduktion; 1927 373 041 885 Mk. Gesamtumsatz, 63 137 490 Mk. Eigenproduktion.

Die Zahl der in den GGG.-Betrieben Beschäftigten betrug Ende 1913 2019 Personen, Ende 1925 4327 Personen, Ende 1927 5960 Personen.

Besonders erfreulich ist die Steigerung der Eigenproduktion, die am deutlichsten aus der Vermehrung des Personalbestandes hervorgeht. Die Steigerung kann und soll aber auch Anlaß sein, die konsumgenossenschaftliche Eigenwirtschaft zu weiterem Erfolge zu drängen und ihr vorwärts zu helfen. Daran kann jeder Verbraucher beteiligt sein. Die Beachtung, die dem Zeichen GGG. gebührt, findet es leider noch nicht überall, obwohl das nur zum Vorteil wäre, denn das Zeichen bürgt für beste Qualität bei verhältnismäßig niedrigem Preis.

Infolge ihres großen Bedarfs und ihrer Zahlungsfähigkeit ist die Großeinkaufsgesellschaft in der Lage, die benötigten Rohmaterialien und Hilfsstoffe stets denkbar vorteilhaft einzukaufen. Das bedeutet an sich allerdings noch keinen besonderen Vorsprung vor gutsfundierten Privatunternehmen. Der Vorteil liegt auf einer anderen Seite. Im Privatbetriebe werden ohne Rücksichtnahme auf den tatsächlichen Bedarf Waren erzeugt, die auf dem allgemeinen Markt abgesetzt werden müssen. Die Konsumgenossenschaften und ihre Großeinkaufsgesellschaft dagegen produzieren Verbrauchsgüter nur dann, wenn der Bedarf dafür auch wirklich vorhanden, also mit ziemlicher Sicherheit abzuschätzen ist. Damit ist das Risiko, daß Erzeugnisse nicht abgesetzt werden können, auf ein Minimum beschränkt. Ferner sind die Produktionsstätten der Großeinkaufsgesellschaft fast ausschließlich Großbetriebe, die mit den modernsten Maschinen ausgestattet, aufs rationellste arbeiten können. Ferner sei noch auf die bedeutenden Ersparnisse hingewiesen, die durch den Fortfall der überspannten Reklame erzielt werden.

Konferenzen der Kammereiarbeiter

Ueber die Konferenzen der Kammereiarbeiter in den Wirtschaftsbezirken Rheinland und Rhein-Main haben wir bereits in Nr. 4 der „Gewerkschaft“ berichtet. Inzwischen sind weitere solche Konferenzen abgehalten worden für die Wirtschaftsbezirke Württemberg, Baden und Pfalz-Saargebiet am 15. Januar in Karlsruhe, am 22. Januar für die Wirtschaftsbezirke Berlin und Brandenburg in Berlin, für Bayern in Nürnberg und für Sachsen und Thüringen in Leipzig, außerdem eine solche am 29. Januar für Pommern in Stettin.

Die Konferenz in Karlsruhe war besetzt von den Wirtschaftsbezirken Württemberg mit 24, Baden mit 22 und Pfalz-Saargebiet mit 17 Delegierten. Kollege Engelhardt, Stuttgart, sprach über: „Die Einrichtungen der Städte für die Versorgung der Einwohnerschaft.“ Er wies zunächst die Ueberlegenheit der Gemeinwirtschaft gegenüber der Privatwirtschaft nach und besprach dann die Versorgungspflichten der gemeindlichen Wirtschaft (Lebensmittelversorgung, Wohnungsfürsorge, Fürsorge auf dem wichtigen Gebiete der Hygiene und Gesundheit, Aufgaben auf dem Gebiete des Verkehrs, der Kunst und Bildung) und fasste seine Ausführungen dahin zusammen: Die Versorgungsbetriebe müssen aus wirtschaftlichen Gründen öffentlich bleiben. Sie müssen aber auch für die Arbeitererschaft, die mit besonderer Verantwortung im Dienste der öffentlichen Interessen steht, muterlässige soziale Existenzverhältnisse schaffen. — Diesem Vortrage folgte ein weiterer des Stadtbaudirektors Bronner, Karlsruhe, über: „Die Versorgungsbetriebe als Grundlage neuzeitlicher Städtehygiene.“ Die Gemeinden sind eine besondere Wirtschaftsorganisation der Produktion und des Verbrauchs. Mehr als sonst stehen in der gemeindlichen Wirtschaft die beiden grundsätzlich verschiedenen Wirtschaftssysteme des Kapitalismus und Sozialismus sich gegenüber. Mit der Zusammenballung großer Menschenmassen in den Städten infolge der Wirtschaftsumwälzung der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden nach der gesundheitlichen und sozialen Seite große Gefahren, denen nur durch die gemeindliche Gemeinwirtschaft erfolgreich begegnet werden konnte. Straßenreinigung, Abwasserregelung, Kanalisation. Es sind Gemeinschaftsaufgaben. In diesem Zusammenhang sind auch die Klärwerke und die Rieselanlagen zu nennen. Auf allen diesen Gebieten hat sich ein in die Augen springender Rationalisierungsprozeß vollzogen. Was soll die Rationalisierung sein? Eine Entwicklung, die für alle Glieder der Gemeinschaft die günstigsten Daseinsbedingungen schafft, die möglich sind. Bei der Müllabfuhr, der Straßenreinigung, dem Garten- und Anlagenbau, dem Straßenbau und den Problemen des Verkehrs handelt es sich um Aufgaben, die das Privatkapital nach seiner grundsätzlichen Einstellung nicht lösen kann. Das Straßenproblem hat sich zum allgemeinen Siedlungs- und Wohnungsproblem entwickelt. Es muß der Weg zur Verbundenheit mit der Natur wieder gefunden werden. Die Verkehrsbedeutung der Straßen ergibt sich aus der riesenhaften Entwicklung des Kraftfahrzeugverkehrs. In diesem Zusammenhang wies Redner auf die interessante Tatsache hin, daß Stuttgart im Reich hinsichtlich des Verkehrs von Kraftfahrzeugen relativ an erster Stelle steht. Der Verkehr ist die Grundbedingung für das Leben und den Fortschritt der Städte überhaupt. Dem Straßenbau sind neuzeitliche Aufgaben erwachsen; große Aufgaben aber auch dem öffentlichen Schutze für Leben und Gesundheit. Die Grünflächen- und Kleingartenanlagen eignen sich ebenfalls nicht für privatkapitalistische Bewirtschaftung. Stadtbaudirektor Bronner schloß seine mit reichem Beifall gewürdigten Ausführungen mit einem Bekenntnis zum Gemeinwirtschaftsgeist. — Den letzten Vortrag hielt Kollege Stetter, Berlin, über: „Die Organisation der in den Versorgungsbetrieben Beschäftigten.“ Er wies einleitend darauf hin, daß der Begriff „Versorgungs- und werbende Betriebe“ umstritten ist. Die Auffassung, daß die gemeindlichen Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke werbende Betriebe sind, würde durch die Finanznot der Gemeinden entscheidend bestimmt. Der Kampf um die kommunale Gemeinwirtschaft ist ein Kampf um die künftige Wirtschaftsform überhaupt. Die Gemeinden sind die Grundlage der kommenden Reichseinheit, die Träger einer großen Zukunftsidee. Zu dieser großen Idee bekennen sich auch die organisierten Gemeindearbeiter, die im Dienste des Gemeininteresses stehen. — Kollege Altvater, Stuttgart, gab dann einiges aus seiner reichen Arbeits- und Erfahrungspraxis im Dienste des Aufbaues der süddeutschen Gemeindearbeiterbewegung wieder. Vor 25 Jahren zählte man im süddeutschen Organisationsbereich des Verbandes 15 Filialen mit 1880 Mitgliedern. Heute aber sind es 240 Filialen mit 50 600 Mitgliedern. Stolz ist unser Gefühl, ob dieser gesunden und sieghingenden Entwicklung. Denken wir, so schloß Kollege Altvater, stets an die aufopfernde Pflichterfüllung, die uns diese gesunde Entwicklung gesichert hat.

Die Konferenz der Kammereiarbeiter der Wirtschaftsbezirke Berlin und Brandenburg in Berlin war besetzt von 67 Delegierten und Gastdelegierten. Kollege Meißner, Berlin, referierte über: „Die Kammereibetriebe als Grundlage neuzeitlicher Städte-

hygiene.“ Er behandelte u. a. die Entwicklung der Berliner Kanalisation, die am 1. Januar auf ihr fünfzigjähriges Bestehen zurückblicken konnte. Die Beseitigung der Abwässer machte den Ankauf von umfangreichen Ländereien in der Umgegend von Berlin notwendig. Der Stadt Berlin stehen heute für Zwecke der Beseitigung durch die Abwässer der Stadt Berlin rund 27 000 Hektar Gelände zur Verfügung. Eingehend behandelte der Referent noch die Müllabfuhr und die Park- und Gartenanlagen der Stadt Berlin. — Ueber „Die Einrichtungen der Städte für die Versorgung der Einwohner“ sprach Kollege Gürne, Berlin. Seine Ausführungen bewegten sich im Rahmen der Vorträge von Engelhardt und Bronner in Karlsruhe. Dann sprach Kollege Stetter über: „Die Organisation der in den Kammereibetrieben Beschäftigten.“

Die Konferenz der Kammereiarbeiter Bayerns in Nürnberg begann mit einem Referat des Stadtrats Dr. Mörkel über „Die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen“. Als die wichtigste Einrichtung behandelte der Redner den Schlachtviehhof. Eingehend auf die gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen zeigte Redner, wie notwendig es aus Gründen der allgemeinen Volksgesundheit ist, daß die Städte solche Einrichtungen geschaffen haben. Gerade durch diese gemeindliche Einrichtung ist erst eine wirksame Kontrolle möglich. Ein weiteres Gebiet ist die Versorgung der Städte mit Gemüse. Durch Schaffung von Märkten und Ueberwachung der eingelieferten Waren haben die Städte wenigstens Gelegenheit, für einwandfreie Ware zu sorgen. In Nürnberg hat das Landwirtschaftsamt preisregulierend gewirkt. Dann besprach der Redner die Milchversorgung. Obwohl es Kreise gibt, die der Milchzentrale nicht sympathisch gegenüberstehen, zeigte Redner, wie gerade aus hygienischen Gründen diese Einrichtung notwendig ist. Zum Schluß behandelte er die neuen gesetzlichen Bestimmungen, die die Errichtung von gewerblichen Betrieben durch die Gemeinde von der staatlichen Genehmigung abhängig machen. Redner glaubt nicht, daß diese Bestimmungen den jetzt schon bestehenden Einrichtungen gefährlich werden. In Zeiten der Not wird man es nicht verhindern können, daß die Städte solche Einrichtungen schaffen, die doch nur der Wohlfahrt dienen. Hierauf folgte ein Referat des Stadtrats Huber über „Die Kammereibetriebe als Grundlage neuzeitlicher Städtehygiene.“ Er behandelte die Fragen der Abwässer, der Kanalisation, der Straßenreinigung, der Müllverwertung und der Fäkalienabfuhr sowohl vom technischen, als auch vom sanitären Gesichtspunkte aus. Mit dem Anwachsen der Bevölkerung ist auch eine stärkere Benützung des Kanalsystems verbunden. Die Führung der Abwässer zu den Flüssen darf nicht zu groß sein, sonst entstehen für Mensch und Tier gesundheitliche Gefahren. Es müssen deshalb Vorkehrungen technischer Art getroffen werden, um diese gesundheitliche Schädigung zu verhindern. Bei der Straßenreinigung hat die Maschine ihren Einzug gehalten. Die Notwendigkeit der Straßenreinigung aus sanitären Gründen kann nicht bestritten werden. Die Stadt Nürnberg verwendet Chlormagnesium als zweckmäßiges Staubbindemittel. Die Beseitigung der Fäkalien hat im Laufe der Zeit eine Aenderung erfahren. An Stelle der früheren Abfuhr mußten neue Formen treten. Durch Grubenverordnungen ist für die Städte die Art der Entleerungen vorgeschrieben. Das Anwachsen der Städte macht auch hier technische Neuerungen notwendig, auf die der Redner näher eingeht und dabei betont, daß mit Rücksicht auf die Explosionsgefahr an den Plätzen der Autoabwaschungen Auflagen gemacht werden müssen, um Öl und Benzin aus den Abwässern abzusondern. Ein weiteres Gebiet sind die Park- und Grünanlagen, die Lungen der Städte. Der Redner kommt zu dem Schluß, daß alle die hier besprochenen Betriebe sowohl aus technischen wie aus hygienischen Gründen den Gemeinden überlassen bleiben müssen; denn nur so können die hier notwendigen und eigenartigen Aufgaben zum Wohle der Gesundheit gelöst werden. — Verbandsvorsitzender Müntner, Berlin, sprach dann über „Die Organisation der in den Kammereibetrieben Beschäftigten“. Prof. Dettkofer hat als erster die Aufmerksamkeit auf die gesundheitlichen Aufgaben der Städte gelenkt. Erst allmählich kamen die Stadtverwaltungen dazu, Arbeitskräfte in den Dienst der Städte zu stellen. Zuerst versuchte man es mit Invaliden und Halbinvaliden. Die Aufgaben der Städte wuchsen aber mit ihrer Ausdehnung und so mußten sie auch weitere Arbeitskräfte einstellen. Bei der damaligen Einstellung der staatlichen und städtischen Behörden war der Boden für die Gewerkschaften steinig. Es war ein weiter Weg bis zum Abschluß von Tarifverträgen. Zunächst war es Jena, das für die dortigen städtischen Arbeiter einen Tarif abgeschlossen hat. In Berlin gelang es dem Referenten durch Unterstützung der sozialdemokratischen Rathausfraktion am 1. Januar 1918, einen Tarifabschluß und den Achtstundentag auch für die Kammereiarbeiter durchzuführen. Manche Fragen sind durch die Stadtverwaltungen leichter zu lösen als in der Privatindustrie. Dieser Vorteil auf der einen Seite wird aber aufgewogen durch die Beschränkungen, die den städtischen Arbeitern bei Streiks erwachsen. Beim Streik

haben die in Privatbetrieben beschäftigten Arbeiter weit größere Freiheit. Im Jahre 1913 zählten die werbenden Betriebe 21 552 organisierte Arbeiter und die Versorgungsbetriebe 27 552. Im Jahre 1926 waren die Zahlen der organisierten städtischen Arbeiter auf 61 457 in den werbenden Betrieben und auf 89 172 in den Versorgungsbetrieben gestiegen. — In der Diskussion sprachen Benkert, Würzburg, Herzog, Nürnberg, Kögl, München, Brückner, München, Beck, Regensburg, Heib, Fürth, Schuster, Augsburg und Gutmann, Weichenburg.

Die Konferenz für Sachsen und Thüringen in Leipzig war von 71 Delegierten und 13 Gästen besucht. Der Rat und die Stadtverordneten der Stadt Leipzig waren durch fünf Herren vertreten. Ueber „Die Aufgaben städtischer Tiefbauämter“ referierte Baudirektor Gleibe-Dresden, über „Die Entwicklung des städtischen Garten- und Bestattungswesens“ Friedhofs-direktor Ackermann-Leipzig und über „Die städtischen Vieh- und Schlachthöfe und Markthallen“ Direktor Dr. med. vet. Schmidt-Chemnitz. Ueber diese Vorträge wird die nächste Nummer von „Technik und Wirtschaft“ einen kurzen Auszug bringen.) Dann sprach Kollege Otto Becker-Berlin über „Die Organisation der in den Kammereibetrieben Beschäftigten“. Er brachte zum Ausdruck, daß diese Konferenz als Vorläufer der im nächsten Jahre geplanten Reichskonferenz gedacht ist. Anschließend zeichnete er in groben Umrissen ein Bild der Entwicklungsgeschichte

unseres Verbandes von seiner Gründung an, dabei der häufigen Widerstände der Berufsorganisationen gegen unsere Betriebsorganisation gedenkend. Diese Ausführungen widmete er besonders den jüngeren Kollegen, die nur die neuere Verbandsgeschichte kennen. Nach kurzen Erläuterungen der Richtigkeit der Betriebsvertretungen berichtete er über die Kurse, die der Heranbildung eines geschulten Stammes guter Funktionäre dienen sollen. — In der Aussprache betonte Preßler-Dresden, daß nicht immer die Belegschaften der technischen Betriebe das Rückgrat des Verbandes gewesen sind, sondern in unzähligen Fällen die Arbeiter der Kammereibetriebe den Grundstock der Organisation gelegt haben. Von den Betriebsräten erwartet er reiflose Ausnützung aller Möglichkeiten, um in den Betrieben bessere Verhältnisse zu schaffen.

Die Konferenz der pommerschen Kammereiarbeiter in Stettin hörte zunächst ein Referat über „Neuzeitliche Städtehygiene“ des Kollegen Ostwald, Kolberg, dann sprach Kollege Schmidt, Stettin, über „Die Einrichtungen der Städte für die Versorgung der Einwohner“, worauf ein Referat des Kollegen Paul Schulz, Berlin, über „Die Organisation der in den Kammereibetrieben Beschäftigten“ folgte.

Auf allen Konferenzen wurden die in Nr. 4 der „Gewerkschaft“, Spalte 108, wiedergegebenen Entschlüsse einstimmig angenommen.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Rußland

Unser Verbandskollege Hans Piechoki, Vorsitzender des Gemeinsamen Betriebsrats des Berliner Verwaltungsbezirks Neukölln, hatte auf Beschluß einer Verbandsmitgliedsversammlung dieses Bezirks im Oktober 1927 die Rußlandreise mit der 8. Arbeiterdelegation mitgemacht. Nach seiner Rückkehr hat er in einer gleichen Versammlung über seine Reise ausführlich berichtet. Die SWD-Fraktion der Berliner Gemeinde- und Staatsarbeiter hat diesen Bericht als Broschüre drucken lassen (Preis für Mitglieder 20 Pf.), aus der wir nachfolgenden Auszug wiedergeben, der die Gemeinde- und Staatsarbeiter besonders interessiert:

Die Arbeitszeit und die Entlohnung, die Lebensmittelpreise und sozialen Einrichtungen sind Gradmesser, an denen man die Verhältnisse in Rußland erkennen kann. Um ganz gerecht zu sein, darf man bei der Beurteilung dieser Frage nicht vergessen, die Verhältnisse der Arbeiter während der Sarenzeit und der jetzigen Zeit gegenüberzustellen. Die Regelung hat einen Haken. Das Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit gilt nämlich nur für die Industriearbeiter. Alle Hausangestellten und alle Landarbeiter fallen nicht unter dieses Gesetz, sondern sie unterstehen besonderen Bestimmungen, die ausdrücklich eine Verlängerung der achtstündigen Arbeitszeit festlegen. Rußland hat 145 Millionen Einwohner, davon ungefähr 3—4 Millionen Industriearbeiter, der Rest Bauern und Landarbeiter. Wenn man sagt, in Rußland besteht die achtstündige Arbeitszeit allgemein, so trifft dies nicht zu, sondern tatsächlich haben nur die Industriearbeiter die achtstündige Arbeitszeit.

Für die Industriearbeiter ist die Arbeitszeit wie folgt festgelegt: Jugendliche unter 16 Jahren dürfen nur vier Stunden, Jugendliche über 16 bis 18 Jahren sowie Bureau- und Kopfarbeiter nur sechs Stunden täglich arbeiten. Diese Zeit darf nicht überschritten werden. Für Arbeiter, die in besonders gesundheits-schädlichen Betrieben beschäftigt sind, gilt eine Arbeitszeit von sechs Stunden. Wir konnten feststellen, daß diese Arbeitszeit eingehalten wird. Nachtarbeit beginnt um 10 Uhr abends und endet 6 Uhr früh.

In den Betrieben, wo Nachtarbeit geleistet wird, werden sieben Stunden gearbeitet, aber acht Stunden bezahlt. Nach den neuesten Beschlüssen der Regierung soll im nächsten Jahr die siebenstündige Arbeitszeit eingeführt werden, ich sage soll; inwieweit dies zutrifft, muß abgewartet werden, und inwieweit die Landarbeiterschaft und die Hausangestellten berücksichtigt werden, muß ebenfalls abgewartet werden. Die Pausen in Rußland sind gesetzlich geregelt und werden eingehalten. Die Arbeitspause muß mindestens drei Stunden nach Beginn der Arbeit eintreten. Sie beträgt wenigstens eine halbe Stunde, darf aber nicht mehr als zwei Stunden betragen. Weil das Gesetz diese zwei Stunden Pause zuläßt, deshalb wird sie vielfach angewandt. Ich habe Anstaltsbetriebe gefunden, in denen diese zwei Stunden in die Zeit von 12 bis 2 Uhr gelegt waren. Ich habe sogar Anstaltsbetriebe gefunden, in denen nicht nur zwei, sondern drei Stunden Pause bestanden, so daß die geteilte achtstündige Arbeitszeit hier eingeführt war. Eine Arbeitszeit, die wir in Berlin bekämpft haben.

Ueberstunden sind nach dem Gesetz zulässig, und es werden auch in Rußland sehr viele Ueberstunden von den Betriebs-

arbeitern und qualifizierten Kräften geleistet. Gesetzlich dürfen Ueberstunden nur in bestimmten Fällen gemacht werden. Solche Fälle sind: 1. für Landesverteidigung; 2. für Arbeiten auf dem Gebiete der Wasserversorgung, der Beleuchtung und der Kanalisation; 3. wenn eine angefangene Arbeit nicht fertiggestellt werden kann und dadurch Maschinen und Materialien beschädigt werden können. Ueberstunden dürfen gemacht werden planmäßig im Jahr und pro Kopf 120. Unsere Feststellungen bei den Gewerkschaften haben ergeben, daß diese Zahl jedoch überschritten wird. In Moskau machen 18 Proz. der Arbeiter Ueberstunden, so daß auf jeden Kopf im Monat 20 Ueberstunden kommen; dies ist weit mehr, als gesetzlich zulässig. Der Zuschlag für die Ueberstunden beträgt 50 Proz. Angesichts einer Zahl von 1¼ bis 1½ Millionen Arbeitslosen erscheint diese Ueberstundenleistung etwas sehr reichlich.

Der Urlaub ist gesetzlich geregelt. Es erhalten Urlaub alle Arbeiter und Arbeiterinnen bei sechsmonatiger Beschäftigung zwei Wochen. Verläßt ein Arbeiter vor sechs Monaten den Betrieb, so bekommt er eine Abgeltung, und zwar je Monat einen Tag Urlaub; also wer fünf Monate gearbeitet hat, bekommt fünf Tage extra bezahlt. Jugendliche erhalten vier Wochen Urlaub; ebenso alle die Arbeiter und Arbeiterinnen, die besonders gesundheits-schädliche Arbeiten verrichten.

Jede Wöchnerin hat vor der Entbindung acht Wochen Urlaub zu bekommen, ebensoviel nach der Entbindung. Dieser Urlaub wird aber nur bei tatsächlich schwerer Arbeit gewährt. Die in Bureaus Beschäftigten erhalten den Urlaub von acht Wochen nicht, sondern bekommen sechs Wochen vor und nach der Entbindung. Um der stillenden Mutter die Möglichkeit zu geben, ihr Kind stillen zu können, gibt man ihr alle 3¼ Stunden eine halbe Stunde Pause extra. Der Schwangerschaftsurlaub darf auf den allgemeinen Urlaub nicht angerechnet werden. Die stillende Mutter erhält außerdem noch ein Viertel des Verdienstes neun Monate lang extra vergütet. Sie erhält bei der Geburt des Kindes eine vollständige Säuglingsausstattung.

Die Arbeitslosenversicherung ist noch sehr dürftig. Die Unterstützung wird nach drei Klassen gewährt, Angestellte, gelernte und ungelernete Arbeiter. Handwerker und Angestellte erhalten vom Tage der Arbeitslosigkeit an Unterstützung. Ungelernte Arbeiter erhalten sie erst dann, wenn sie nachweisen können, daß sie ein Jahr gearbeitet haben. Ungelernte, nicht organisierte Arbeiter, die Unterstützung haben wollen, müssen den Nachweis erbringen, daß sie drei Jahre gearbeitet haben. Für halb- und ungelernete Angestellte ist vorgesehen, daß, wenn sie organisiert sind, den Nachweis einer dreijährigen Tätigkeit, wenn sie nicht organisiert sind, den Nachweis einer fünfjährigen Tätigkeit erbringen müssen, ehe sie eine Unterstützung erhalten.

Angestellte und Handwerker erhalten monatlich 26 Rubel gleich 52 Mk., ungelernete Arbeiter erhalten monatlich 15 bis 19 Rubel gleich 30 bis 38 Mk. Die Kinderzuschläge betragen: Für 1 Kind 15 Proz. der Unterstützung, für 2 Kinder 25 Proz. der Unterstützung, für 3 und mehr Kinder 35 Proz. der Unterstützung. Unterstützung wird gewährt: Für Angestellte und Handwerker innerhalb eines Jahres 9 Monate, für ungelernete Arbeiter innerhalb eines Jahres 6 Monate.

Die Gesamtdauer der Unterstützung darf jedoch nur dauern: Angestellte und Handwerker 18 Monate, ungelernete Arbeiter 12 Monate.

Wenn diese Zeit (18 und 12 Monate) abgelaufen ist, so hört die Unterstützung gänzlich auf. Rußland hat auch so eine Art Krisenfürsorge und das ist die Börse. Hier kommen diejenigen, die keine Unterstützung beziehen, zusammen und müssen alle Arbeiten, die ihnen zugeteilt werden, verrichten. Sie werden nach der Reihenfolge (nach Nummern) vermittelt, müssen z. B. Fegearbeiten auf dem Markt verrichten. Sie bekommen dafür, was ausdrücklich festgelegt ist, 1,25 Rubel pro Tag (2,50 Mk.).

Zu den Löhnen möchte ich sagen, daß mir diese in Rußland gar nicht gefallen. Es ist von unseren ungelerten Arbeitern oft und mit Recht auf die große Spanne der Löhne zwischen ungelerten Arbeitern und Handwerkern hingewiesen worden. In Rußland ist diese Spanne um ein gewaltiges größer. Die Löhne in den größeren Städten schwanken zwischen 35 bis 180 Rubel (70 bis 360 Mk.) im Monat. Hiermit sind noch keineswegs die niedrigsten Löhne genannt. Qualifizierte Kräfte sind in Rußland sehr rar. Sie erhalten mitunter 230, 240 und 260 Rubel, während ungelernete Arbeiter mit 33 und sogar 30 Rubel vorhanden sind, das sind 60 Mk. im Monat = 14 Mk. pro Woche. Im Vergleich zu den Lebensmitteln sind die Löhne sehr niedrig. Das Material hierzu habe ich teilweise aus den Fabriken selbst, teilweise von Genossen, die die Berichte gegeben haben, und aus den Gewerkschaften. Nach diesen Berichten erhalten ungelernete Arbeiter in den Anstaltsbetrieben tatsächlich nur einen monatlichen Lohn von 35 Rubel. Nachstehend gebe ich die allgemeinen Löhne wieder, wie ich sie in Leningrad und Moskau festgestellt habe:

Ungelernete Arbeiter in den Anstaltsbetrieben monatlich 35 bis 40 Rubel gleich 70 bis 80 Mk.; in Industriebetrieben ungelernete Arbeiter monatlich 40, 45 bis 50 Rubel gleich 80, 90 bis 100 Mk.; angelernte Arbeiter monatlich 50, 55 bis 60 Rubel gleich 100, 110 bis 120 Mk.; Handwerker erhalten monatlich 80, 90 bis 130 Rubel gleich 160, 180 bis 260 Mk.; Spezialhandwerker monatlich 140 bis 180 Rubel gleich 280 bis 360 Mk.; Spezialisten monatlich 200 bis 250 Rubel gleich 400 bis 500 Mk.; kaufmännische Angestellte monatlich 120 bis 190 Rubel gleich 240 bis 380 Mk.; rote Direktoren monatlich 225 Rubel gleich 450 Mk. — Die Fachdirektoren und Ingenieure, die parteilos sind, erhalten von 350 Rubel (700 Mk.) an bis aufwärts zu 500 Rubel (1000 Mk.) und auch wohl noch darüber.

Eine Frauen- und Kinderbeihilfe, wie sie bei uns in den städtischen Betrieben existiert, gibt es nicht. Rechenkünftler errechnen nun aus der untersten und obersten Stufe der Verdienstes einen Durchschnittslohn heraus, so daß man dabei auf 70 bis 75 Rubel kommt. Diese Errechnung des Durchschnittslohnes ist durchaus falsch. Wenn ein Delegierter mit diesem Durchschnittslohn in einer Versammlung operiert, so wären das potemkinsche Dörfer.

Das steuerfreie Einkommen betrug bisher in Rußland 75 Rubel. Es ist jetzt erhöht auf 100 Rubel, so daß der ungelernete Arbeiter durchweg steuerfrei ist.

Die Lebensmittel in Rußland sind durchaus nicht billig. An Hand von Zahlen, die ich mit mehreren Genossen festgestellt habe, wird dies bewiesen. Ich rechne mit dem russischen Pfund, das bekanntlich nur 400 Gramm hat. Die Preise haben wir entsprechend umgerechnet:

Danach kosteten	In Rußland Rubel = Mark	Bei uns Mark
800 g Zucker	0,62 = 1,24	0,66
800 g Reis	0,42 = 0,84	0,72
800 g Graupen	0,18 = 0,36	0,29
1 Liter Milch	0,24 = 0,48	0,38
800 g Reishrot	0,20 bis 0,30 = 0,40 bis 0,60	0,50 bis 0,60
800 g Erbsen	0,30 = 0,60	0,60 = 0,70
800 g Mehl	0,27 = 0,54	0,48
800 g Schweinefleisch	0,87 = 1,74	2,05
800 a Butter	2 = 4,—	3,44
800 g Kaffee	15 = 30,—	6,40
1 Hering	0,20 = 0,40	0,20
800 g Kartoffeln	0,06 1/2 = 0,13	0,11
1 Ei	0,04 = 0,08	0,18
1 Meter Leinwand	1,20 = 2,40	2,—
1 Paar Schuhe	15 = 30	20,—
1 Paar Stiefel	25 = 50	25,—
Anzug (Konfektion)	70 bis 80 = 140 bis 160	60,— bis 70,—
1 Paar wollene Strümpfe	5 = 10,—	4,50
1 Hemd	5 bis 6 = 10 bis 12	4,— bis 6,—
1 Mütze (einfach, raues Tuch)	5 = 10,—	5,—

Um kennenzulernen, wie die Preise in den Speisehallen sind, bin ich mit dem Dolmetscher in eine solche Speisehalle gegangen. Hier verlangte ich ein Stück Schwarzbrot, geschmiert mit etwas Butter, dazu etwas Kaviar, und trank zwei Flaschen Selter, dafür habe ich 2,55 Rubel bezahlt, also 5,10 Mk.

Im Verhältnis zu diesen teuren Lebensmitteln und Textilwaren in Rußland sind die Löhne der ungelerten Arbeiter viel zu niedrig. Ich will hier eine kleine Gegenüberstellung geben:

	Rußland	Deutschesland
Arbeiter	40,— Rubel = 80,— Mk.	
Abzüge (Miete, Fahrgeld, Feuerung, Verband, Genußmittel)	13,90 Rubel = 27,80 Mk.	
	Rest: 52,20 Mk.	
Ungelernete Gemeindegewerkschafter in Berlin	193,— Mk.	
Abzüge (Miete, Beiträge, Fahrgeld, Feuerung usw.)	78,64 Mk.	
	Rest: 114,36 Mk.	

Während der russische Arbeiter an Abzügen und persönlichen Ausgaben, für Miete, Feuerung, Fahrgeld, Zeitung usw. 13,90 Rubel = 27,80 Mk. ausgiebt, hat der deutsche Arbeiter an Abzügen usw. 78,64 Mk. Während der russische Arbeiter 26 Rubel = 52 Mk. zum Leben übrig hat, hat der deutsche Arbeiter 114,36 Mark. Die Existenz der Familie des russischen ungelerten Arbeiters ist nur bei ständiger Mitarbeit der Frau möglich.

Eine Straßenreinigung wie in Berlin und anderen deutschen Städten besteht nicht. Die Straßenreinigung wird ausschließlich von Frauen ausgeführt. Daß die Reinigung der Straßen in Händen der Frauen liegt, ist mir bei der großen Arbeitslosigkeit von 1/4 Millionen unverständlich. Sollte man in Rußland nicht Mittel und Wege finden, diese Frauenarbeit zu beseitigen? Ich habe ferner Frauen beobachten können, die als Weichenstellerinnen bei der Straßenbahn tätig waren. Die Entlohnung dieser Frauen beläuft sich auf nur 35 Rubel (70 Mk.) den ganzen Monat.

Moskau hat eine Müllverbrennungsanstalt. Sie ist neu und gut eingerichtet. Zwei große Öfen, ein deutscher und ein französischer, sind vorhanden. Ein besonderer Bade- und Umkleieraum sowie ein Speiseraum sind vorhanden, ebenso eine besondere Brauseeinrichtung, die genügend groß ist, so daß diese stoben Personen auf einmal benutzen können. Desgleichen wird auch ausreichende Schutzkleidung geliefert, Schuhe, Anzüge und auch Mützen. Die Arbeitszeit beträgt mit Ausnahme der Schlacker acht Stunden. Die Löhne der Müllkutschler betragen 50 Rubel = 100 Mk. oder 24 Mk. wöchentlich (bei uns 66 bis 72 Mk. wöchentlich). Die am Verbrennungsöfen tätigen Arbeiter erhalten 50 bis 60 Rubel (110 bis 120 Mk.), die Kranführer 70 Rubel (140 Mk.), die Handwerker 70 bis 100 Rubel (140 bis 200 Mk.). Urlaub erhalten alle nach einer Tätigkeit von sechs Monaten zwei Wochen; die Schlacker erhalten vier Wochen. Die Müllkutschler haben keine Kästen zu schleppen; das Müll wird in kleinen Kübeln gesammelt. Die Entleerung erfolgt automatisch. Die Staubentwicklung ist aber sehr groß.

Arbeiter- und Angestelltenversicherung

Der Anspruch auf Familienwochenhilfe. Nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung müssen sämtliche Krankenkassen nicht nur ihren Mitgliedern Wochenhilfe gewähren, sondern auch den Familienangehörigen der Mitglieder. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß das betreffende Mitglied eine vorbeschriebene Zeit lang bei einer oder mehreren reichsgesetzlichen Krankenkassen hintereinander gegen Krankheit versichert war. Diese Voraussetzung muß sowohl bei der Wochenhilfe, als auch bei der sogenannten Familienwochenhilfe, die für die Angehörigen der Mitglieder gewährt wird, vorhanden sein. Nicht nur die Wochenhilfe, sondern ebenso die Familienwochenhilfe sind „Regelleistungen“, die die Krankenkassen auf jeden Fall gewähren müssen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen. Die Bestimmungen hierüber in der Reichsversicherungsordnung sind ziemlich klar und eindeutig. Trotzdem haben sich in der Praxis Fälle herausgestellt, in welchen Kassen die Gewährung von Familienwochenhilfe verweigerten, obgleich die verlangte Mitgliedszeit von dem Mitglied nachgewiesen worden ist. Die Kassen gingen hierbei von dem Standpunkt aus, daß Familienhilfe nur in den Fällen zustehe, wenn das Familienoberhaupt Mitglied der Kasse ist. Verschiedene Kassen gewährten also nur dann Familienwochenhilfe, wenn der Ernährer der Frau oder der Tochter Mitglied der Kasse war. In den Fällen, in denen der Ernährer (Ehemann) nicht krankenversichert war, sondern beispielsweise die Ehefrau durch irgendwelche Nebenarbeit Mitglied einer Kranken-

Kasse war, wurde oftmals die der Tochter zustehende Familienwochenhilfe abgelehnt mit der Begründung, daß ja der Ernährer der Tochter nicht Mitglied der Kasse sei. Diese Auffassung ist nach einer neuen Entscheidung des Reichsversicherungsamtes falsch. Es heißt in dieser Entscheidung vom 7. Dezember 1927:

„Der Anspruch auf Familienhilfe nach § 205a der Reichsversicherungsordnung ist nicht davon abhängig, daß der Versicherte das Familienoberhaupt ist, oder die für die Wochenhilfe in Betracht kommende Familienangehörige unterhalten hat.“

Diese Entscheidung ist für sämtliche Arbeitnehmer von der allergrößten Wichtigkeit. Nach dem Wortlaut des Gesetzes und auch nach dieser Entscheidung müssen Familienwochenhilfe erhalten die Ehefrauen, Töchter, Stief- und Pflegekinder der Versicherten, welche mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben. Die Voraussetzung ist also, daß der oder die Versicherte mit der jungen Mutter in häuslicher Gemeinschaft lebt. Ob die Kindesmutter von dem Kassenmitglied unterhalten worden ist, oder ob das Mitglied auch das Familienoberhaupt ist, darauf kommt es bei der Beurteilung der Anspruchsberechtigung auf keinen Fall an. Die Familienwochenhilfe ist jedoch für jeden Entbindungsfall nur einmal zu gewähren. Besteht ein Anspruch gleichzeitig bei mehreren Kassen (dies ist der Fall, wenn sowohl der Vater als auch die Mutter der Wöchnerin gegen Krankheit bei verschiedenen Kassen versichert sind), so steht der Wöchnerin die Wahl unter beiden Kassen frei.

Kl.-s.

Reichs- und Staatsarbeiter

Carifauslegungskünfte des bayerischen Finanzministeriums. Obwohl wir in Bayern, dem klassischen Lande unbegrenzter Möglichkeiten und „Eigenarten“ nicht leicht mehr zu überraschen sind, müssen wir doch für diesmal uns als geschlagen bekennen, weil uns die Carifauslegungsstrategen des bayerischen Finanzministeriums mit einem Weihnachtsgeschenk beehrt haben, das wohl kein mit gefunden Sinnen ausgestatteter Mensch auch nur im entferntesten für möglich gehalten hätte. Der Fall ist so eigenartig, daß wir nicht unterlassen können, die gesamten Reichs- und Staatsarbeiter von dem Geschehnis zu unterrichten. Unser Verband, vertreten durch die Gauleitung in München, hat mit dem Finanzministerium des Freistaates Bayern für die bei der inneren Staatsverwaltung beschäftigten Arbeiter auf der Grundlage des Carifvertrages für die Reichsarbeiter einen Carifvertrag im Jahre 1925 abgeschlossen, der im Mai 1927 in bezug auf Arbeitszeit und Lohn eine Änderung erfuhr. Dabei wurde, unter anderem auch folgendes vereinbart:

„Während der Geltungsdauer des Carifvertrages werden etwaige weitere Verbesserungen der Löhne der Reichsarbeiter auch ohne Kündigung der Lohnbestimmungen (§ 25 Ziff. 3 des Carifvertrages) auf die Löhne der unter den Carifvertrag fallenden Arbeiter bei der bayerischen Staatsverwaltung übertragen werden.“

Im „Bayerischen Staatsanzeiger“ Nr. 105 vom 9. Mai 1927 hat das Staatsministerium der Finanzen unter Nr. 19806 diese Zusatzvereinbarung veröffentlicht und damit auch anerkannt. Dies bedeutet doch logischerweise, daß nunmehr auch die den Reichsarbeitern ab 16. Oktober 1927 zugestandene Lohnerhöhung auf die bayerischen Staatsarbeiter übertragen wird, mindestens doch in den Orten, wo die Reichsarbeiter Zulagen erhielten. So nehmen wir wenigstens an, aber das Staatsministerium der Finanzen hat seine besondere Meinung. Es veröffentlicht am 21. Dezember 1927 im „Staatsanzeiger“ Nr. 294 die ab 16. Oktober 1927 gültige Lohnstafel für die bayerischen Staatsarbeiter, wobei sich herausstellt, daß das Ministerium den Carifvertrag in ganz einseitiger und unzulässiger Weise abgeändert hat. Nach dieser Verfügung nun sollen die Kollegen in Nürnberg und Fürth, soweit sie den Lohngruppen I bis III angehören, nicht 3 Pf. wie die Reichsarbeiter, sondern nur 2 Pf. erhalten. Die Kollegen der Lohngruppe IV erhalten überhaupt nichts und zum Ausgleich wahrscheinlich sollen die der Lohngruppe V angehörenden Kollegen sich eine Minderung ihres bisherigen Lohnes um 2 Pf. pro Stunde, und zwar rückwirkend ab 16. Oktober 1927 gefallen lassen. Sollte aber jemand so vermessend sein und annehmen, die Carifauslegungskünfte des Finanzministeriums sehen ihren Irrtum ein, so befindet er sich in einem Irrtum, da er ja nicht wissen kann, daß es in Bayern noch besondere Ausführensbestimmungen zur Reichszivilprozessordnung gibt, auf Grund dessen man im Finanzministerium der Meinung ist, sich von eingegangenen Verpflichtungen drücken zu können. Diese Bestimmung lautet:

„Bayerisches Gesetz zur Ausführung der Reichszivilprozessordnung und Konkursordnung vom 23. Februar 1879 in der Fassung vom 26. Juni 1899.“

Art. 2. Ansprüche gegen den kgl. Fiskus können erst dann gerichtlich verfolgt werden, wenn der Beteiligte sich an die zunächst zuständige höhere Verwaltungsstelle um Abhilfe gewendet und entweder eine abschlägige oder innerhalb sechs Wochen keine Entscheidung erhalten hat. — Die Verwaltungsstellen haben über solche Gesuche den Beteiligten die Empfangsbekundung ungesäumt und unentgeltlich auszufertigen. Anträge auf

Erlassung einstweiliger Verfügungen werden durch die Bestimmungen des Absatzes 1 nicht berührt.“

Daß wir mit einem derartigen Verhalten nicht einverstanden sind, leuchtet wohl ein. Das angerufene Arbeitsgericht aber, das über die Angelegenheit entscheiden sollte, schloß sich der prozeßhindernden Einrede des Derretiers des Finanzministeriums an und setzte die Verhandlung bis zur Erledigung des sog. Abhilfegesuches aus. Damit glaubt man wahrscheinlich beruhigend auf die Gemüter der davon betroffenen Staatsarbeiter einzuwirken. Die alte, verstaubte Aktenbureaucratie einer vergangenen Zeit hat also über den nüchternen Verstand gestegt. Die Herren, die derartige alte Schmöker zur Abwimmelung berechtigter Ansprüche der Arbeiter aus der Kumpelkammer hervorzuholen, wissen nicht, wie ein Arbeiter des bayerischen Staates mit jedem Pfennig zu rechnen hat. Sie haben wesentlich höhere Gehälter und wir können es oft genug erleben, mit welcher Energie gerade diese Herren bei Befolungsregelungen die Reklametrommel rühren, um zu ihren „Rechten“ zu kommen. Das wollen wir ihnen auch nicht verwehren. Wehren müssen wir uns aber gegen solche Engstirnigkeiten der Staatsarbeitererschaft gegenüber. Die Kollegen werden aus diesem Verhalten die Lehre ziehen, daß sie sich noch straffer als bisher organisieren müssen, um jeden Angriff auf die Rechte der Arbeiter von vornherein abzuschlagen.

Bernreuther, Abg.

Aus unserer Bewegung

Wirtschaftsbezirk Sachsen. Nachdem die im vergangenen Jahre vom Verbandsvorstand veranstaltete Ferienreise außerordentlich gut angesprochen hatte, wurde unter den Mitgliedern der Wunsch nach weiteren Ferienreisen laut. Aus diesem Grunde traten die im Wirtschaftsbezirk Sachsen befindlichen großen Filialen Dresden, Chemnitz, Leipzig und Plauen zu einer gemeinsamen Besprechung zusammen. Es ist geplant, in der zweiten Hälfte des August 1928 eine Sieben-Tage-Ferienreise nach Hamburg—Helgoland—Norderney—Bremen zu veranstalten. Der Teilnehmerpreis beträgt pro Person 115,— Mk., bei Anmeldung nach dem 31. Januar 1928 120,— Mk. In ihm ist die Eisenbahnfahrt von Dresden, Chemnitz, Leipzig, Plauen und zurück sowie Schiffskarte, Unterbringung in Hotels, Derpflegung, (Frühstück, Mittag- und Abendessen, ohne Getränke), Eintrittsgelder für vorgegebene Besichtigungen, Abzeichen, Reiseheft, Unfallversicherung und Trinkgelder eingeschlossen. Die Teilnehmer aus allen Gauen Sachsens treffen sich in Leipzig. Dort werden die sächsischen Reiseleiter unseres Verbandes zu einer Abteilung zusammengeschlossen und die weitere Reise wird gemeinsam mit der Reisegesellschaft des Arbeiterbildungsinstituts, Leipzig, unternommen. Durch diese Zusammenstellung werden die Kosten wesentlich verringert; die Hauptleitung liegt in durchaus bewährten Händen, wobei auf unsere Gruppe besondere Rücksicht genommen werden wird. — Nach dem gemeinsamen Aufenthalt in Hamburg, der großen deutschen Hansestadt mit dem weltberühmten Hafen (Hafenrundfahrten, Führungen durch den Hafen und die Stadt, Alsterrundfahrten und andere Besichtigungen sind vorgezogen), Fahrt nach Helgoland, dann nach Norderney. Von diesem herrlichen Badeorte aus können Ausflüge nach freier Wahl, z. B. nach Spiekeroog, Wangeroog und Borkum unternommen werden. Für das Verbleiben auf Norderney sind drei Tage vorgezogen. Am 7. Tage Fahrt nach Bremen, Führungen durch die Stadt. Nach dem Abendessen erfolgt gemeinsame Rückreise nach Leipzig und von da nach den Ausgangspunkten Dresden, Chemnitz und Plauen. Alle unsere Mitglieder nebst Angehörigen können sich an dieser gut organisierten Ferienreise beteiligen. Die Anmeldung ist bei den erwähnten Filialen zu bewirken. Die Gauleitungen sind bereit, die Anmelddaten weiterzuleiten. Nach Entnahme von Teilnehmerkarten können Teilzahlungen auf diese Reise bereits heute erfolgen. Auch das ist durch die erwähnten Filialen zu bewirken. Es empfiehlt sich, Teilnehmerkarten sofort anzufordern.

Breslau. In der Generalversammlung am 25. Januar referierte Genosse Rasch über: „Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten“. Vor der Revolution wurden die Gelder der Gewerkschaften in den Privatbanken angelegt und gegen die Arbeitererschaft verwendet. Erst in der schwersten Zeit der Inflation — um die Gewerkschaftsgelder vor dem Verfall zu schützen — wurde die Arbeiterbank gegründet. Der Referent wies u. a. auf die kolossalen Vermögen der Arbeiterbanken in Amerika hin, die als sehr gut fundiert gelten können. Wie wertvoll die Derwendung der Kapitalien im eigenen Interesse ist, wies Genosse Rasch an Hand der Entstehung des Gewerkschaftshauses Breslau nach. Nur durch die Errichtung einer Sparkasse wäre es möglich gewesen, die Gelder zusammenzubringen, um einen derartigen Bau, auf den die Breslauer Arbeitererschaft stolz sein kann, durchzuführen zu können. In der städtischen Sparkasse seien immer noch die meisten Sparer mit ihren Einlagen beteiligt, woraus ohne weiteres geschlossen werden könnte, daß noch mancher freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter sein Geld dort zur Verfügung stelle. Er bemerkte im übrigen, daß Kredite an Privatpersonen nicht gegeben werden könnten, sondern nur an gemeinnützige, genossenschaftliche und

kommunale Unternehmungen. Zum Schlusse forderte der Redner auf, alle Gelder, soweit sie als Spar- oder Vereinsgelder in Betracht kommen, nur bei der Arbeiterbank zu deponieren. Kollege Fleischer warf die Frage auf, ob überhaupt eine Arbeiterbank in Deutschland am Platze sei, weil man nicht mit Konkurrenzunternehmungen den Kapitalismus niederringen kann, sondern nur durch den Klassenkampf. Im Aufsichtsrat säßen alle Oberbunzen wie Leipart, Aufhäuser usw., welche die Cautiemer neben ihrem Gewerkschaftsgehalt sich in die Tasche stecken. Genosse Rasch wies dem Diskussionsredner nach, daß man mit Phrasen nicht weiter kommen könne, und daß er falsch orientiert sei, denn für die Aufsichtsräte werden keine Entschädigungen gezahlt, außer Sitzungsgeldern. Sodann wurde der Jahresbericht vom Kollegen Bland und der Kassenbericht vom Kollegen Schulze gegeben, woraus zu entnehmen ist, daß die Filiale im letzten Jahre gute Fortschritte gemacht hat, denn die Mitgliederzahl ist um 542 gestiegen. In der Diskussion sprachen noch die Kollegen Rohnstock und Petrasch. Sodann wurden die Kollegen Bland, Schulze, Prause, Marzahn, Fabian, Schwarz, Quinte, Ludwig, Bunke Jäckel, Hanke, Skarupke in die Ortsverwaltung, die Kollegen Prause, Sauer, Petrasch, Hemler, Schwarz, Fischer, Koch, Haase, Bodnig in die Tarifkommission und die Kollegen Hindemith, Engel, Kaboth und Ludwig als Revisoren gewählt. Gemäß dem Beschlusse der Vertrauensmännerstimmung stimmte die Mitgliederversammlung der Aufkündigung des Lohntarifes zum 31. März 1928 zu.

Danzig. Von einem schweren Verlust ist die Filiale Danzig betroffen worden durch den Tod des Angestellten Paul W i g n i k. Infolge seines mannhaften Eintretens für die Interessen der städtischen Arbeiter als Obmann des Hauptarbeitersausschusses im Jahre 1921 gemärgert, wurde er im Jahre 1922 von seiner Gewerkschaft als Kassierer angestellt. Der Aufsichtung der Ortsgruppe Danzig ist zu einem großen Teil seinen hervorragenden organisatorischen Fähigkeiten zu danken. Die gewaltige Beteiligung der Kollegen bei der Einäscherung bewies, daß sein Andenken von seiner Organisation stets in Ehren gehalten wird.

Deggendorf. In der Generalversammlung am 6. Januar 1928 erinnerte Kollege Hecksher in seinem Jahresbericht daran, daß vor genau zwanzig Jahren in dem gleichen Lokal („Gasthaus Fintelstein“) die Filiale Deggendorf gegründet worden ist. Kollege Hillenbrand gab dann den Kassenbericht, der ein Filialvermögen von 127,89 Mk. aufweist. Der Mitgliederbestand beträgt 37. Die Neuwahl des Filialvorstandes ergab: 1. Vorsitzender, Binder; 2. Vorsitzender, Esterl; Kassierer und Schriftführer Hillenbrand.

Erlangen. In der gutbesuchten Generalversammlung am 21. Januar erstattete der Kollege Hartmann den Jahres- und Kassenbericht. Im Juli 1927 konnten wir auf ein 25jähriges Bestehen der Filiale zurückblicken. — Gauleiter Schmidt berichtete über die letzten Lohnverhandlungen. Er wies darauf hin, daß das Jahr 1928 ein Kampfsjahr werden wird in gewerkschaftlicher und politischer Beziehung, weshalb es unbedingt notwendig erscheint, daß der letzte Gemeinde- und Staatsarbeiter unserer Organisation zugeführt wird. Die Neuwahl ergab mit einer geringen Stenderung die Wiederwahl der bisherigen Verwaltung.

Bad Ems. In der Versammlung am 25. Januar sprach Gauleiter Heinh-Köln über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Reichs-, Staats- und Gemeindearbeiter. Er hob vor allen Dingen die Ungerechtigkeit hervor, die dadurch entstanden ist, daß man Ems von jeder Lohnerhöhung ausschloß, obwohl hier die Lebenslage der Arbeiter teurer ist wie in anderen Orten. Selbst Städte und Gemeinden, die eine Lohnerhöhung erhielten, haben nicht den Preisstandard aufzuweisen, wie es in Ems der Fall ist. Aber im allgemeinen seien die Löhne der Reichs-, Staats- und Gemeindearbeiter unzureichend und den Lebensverhältnissen entsprechend als Hungerlöhne zu bezeichnen. Die Löhne der staatlichen Nebenveredelungsanstalt sind noch geringer und für die Arbeiter nicht mehr tragbar. Dazu kommt aber noch das Ausbleiben der Ruhelohnerverförgung, die die alten arbeitsunfähigen Arbeiter vor der größten Not schützen soll. Durch die Unterlassung des Reiches und des Staates, eine solche Ruheohnordnung zu schaffen, lasse man auf der einen Seite alte abgearbeitete 70- und noch mehrjährige Arbeiter solange arbeiten, bis sie ins Grab sinken, während auf der andern Seite junge Leute, die leicht größere Werte für die deutsche Wirtschaft schaffen können, erwerbslos auf der Straße liegen und sie unterstützen muß. Würde man hier eine Ruheohnverförgung schaffen, dann wäre für die alten Arbeiter gesorgt und die Erwerbslosen hätten Beschäftigung. — Kollege Dahmen-Koblenz sprach dann über Organisationsangelegenheiten. Er gab eine Uebersicht über die Arbeit, die im Laufe des Jahres getan werden müsse und bat um tätige Mitarbeit jedes einzelnen Kollegen. In der Aussprache wurde die Haltung des Reiches und Staates scharf kritisiert. Die sehr gut besuchte Versammlung erkannte die Arbeit der Organisation an, und gelobte auch in Zukunft trenn zur Gewerkschaft zu stehen.

Kassel. In der Generalversammlung am 26. Januar 1928 gab Kollege Fehr einen ausführlichen Geschäfts- und Kassenbericht. Die Jahreseinnahme betrug 40.475,05 Mk., die Ausgabe 26.965,79 Mk. An die Hauptkasse wurden abgeführt 11.372,21 Mk., so daß der

Lokalkasse ein Bestand von 21.37,05 Mk. verbleibt. Die Versammlung beschloß, den Jahresbericht drucken zu lassen und ihn so schriftlich den Mitgliedern zugänglich zu machen. Die bisherige Ortsverwaltung wurde wiedergewählt.

Cöbau. In der Generalversammlung am 22. Januar 1928 gab Kollege Mehrrettig den Jahresbericht, dem der Kassenbericht des Kollegen Reck folgte. In den Filialvorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender, Kollege Mehrrettig; 2. Vorsitzender, Kollege Liebe; Kassierer Kollege Reck und Schriftführer Kollege Heinke.

Nürnberg. In der Jahresversammlung am 27. Januar 1928 gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht und der Kassierer den Kassenbericht. Nach kurzer Diskussion wurde der Ortsverwaltung und dem Kassierer Entlastung erteilt. Nun schritt die Versammlung zur Ehrung von 28 Kollegen und einer Kollegin, welche im Jahre 1927 eine 25jährige gewerkschaftliche Tätigkeit beendet hatten. Bei der 25jährigen Gründungsfeier der Filiale Nürnberg konnten sieben noch lebende Gründungsmitglieder geehrt werden mit 30 anderen Kollegen, welche schon 25 und noch mehr Jahre im Dienste der Gewerkschaft standen, in der vorjährigen Generalversammlung waren es 14 Kollegen, so daß wir jetzt 80 solcher Kollegen zählen. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab nur eine Stenderung. Für den Betrieb Krankenhaus wurde ein Kollege des Entwässerungsamtes gewählt, und um einen Vertreter der Reichs- und Staatsarbeiter wurde die Ortsverwaltung vermehrt.

Oppau a. Rh. In der Generalversammlung vom 22. Januar 1928 erstattete Kollege Süß den Geschäftsbericht. Der Mitgliederbestand hat sich von 29 auf 37 erhöht. Bei dem zwischen tariflichen Teuerungsausgleich stellten wir den Antrag an die Gemeindeverwaltung, die Differenz zwischen den bereits gewährten Sätzen bis zu dem Wochenlohn eines jeden Arbeiters auszuführen. Diesem Antrage wurde stattgegeben. Kollege Dindorf erstattete den Kassenbericht, woraus zu ersehen war, daß die Filiale auf gutem finanziellen Boden steht. 200 Mk. sind bei der Gemeinde-sparkasse angelegt. Die Neuwahl des Filialvorstandes ergab: Süß, 1. Vorsitzender; Heiden, 2. Vorsitzender; Dindorf, Kassierer; Kraus, Schriftführer.

Rostock. In der Generalversammlung am 20. Januar 1928 gab Kollege Necker den Kassen- und Geschäftsbericht. Das Lokalvermögen hat sich im verfloßenen Jahr nicht nennenswert erhöht, aber immerhin müßten die Kassenverhältnisse als gut bezeichnet werden. Auch die Mitgliederbewegung ist in den normalen Grenzen geblieben. Eine Mitgliederzunahme ist zu erwarten, sobald die neuen Kliniken fertiggestellt sind. — Die Lohnerhöhung für die Gemeindebetriebe hielt auch in diesem Jahre nicht mit der Teuerung stand. Der Lohn betrug am 1. Januar 1927 69, 64, 59, 45 Pf. und wurde dann durch Schiedspruch im Laufe des Jahres (ab 1. April und 1. Oktober 1927) auf 74, 69, 64 und 47 Pf. erhöht mit einer Bindung bis 31. März 1928. Für das Gesundheitswesen waren die Erhöhungen günstiger, da hier neben der Lohnzulage auch noch die Ortslohnzulage erhöht wurde. Die beantragte außertarifliche Lohnerhöhung für die Gemeindebetriebe war ohne Erfolg, während das Gesundheitswesen neben der Lohnerhöhung auch eine Erhöhung der Ortslohnzulagen erhalten hat. Gegen den Rat mußten zwei Klagen angestrengt werden, die beim Arbeitsgericht zu unseren Gunsten entschieden wurden. — Die Wahl des Vorstandes ergab die Kollegen: H. Necker, W. Harder, Karl Häkter, Martin Ohde, Martin Gottschalk, Gustav Weiland, Franz Schult, Karl Buch und Albert Weid als Filialvorstand und die Kollegen L. Schuldt, H. Seemann und H. Schulz als Revisoren. Beschlossen wurde ein Sommervergügen abzuhalten.

Schwerin. In der Generalversammlung am 12. Januar gab Kollege Kröger die Abrechnung. In der Lokalkasse bleibt ein Kassenbestand von 2548,96 Mk. An Mitgliedern hat die Filiale 599. Zum 1. Vorsitzenden wurde Kollege Pollok, als 2. Vorsitzender Kollege Dölzer, als Kassierer Kollege Kröger, als Schriftführer Kollege Kaufert gewählt. — Zur Konferenz nach Bremen wird Kollege Wichmann delegiert. Zur Sektionsversammlung nach Rostock die Kollegen Dölzer und Leu.

Spener. In der Generalversammlung am 11. Januar sprach über „Trufbildung und Arbeiterkraft“ Gauleiter Hund. Den Geschäftsbericht gab der Vorsitzende Ableiter. Den Kassenbericht erstattete Kollege J. Claus. Die Mitgliederzahl beträgt 247, der Filialkassenbestand 810,68 Mk. In den Filialvorstand wurden folgende Kollegen gewählt: 1. Vorsitzender: Ableiter, Bernhard, 2. Vorsitzender: Spindler, Karl; Kassierer: J. Claus; 1. Schriftführer: Blau, Gottfried. Da die Filiale im kommenden Jahre mit größeren Ausgaben zu rechnen hat und um den in Not geratenen Mitgliedern eine Unterstützung zu geben, wird die Erhebung eines Lokalzuschlages beschloßen.

Weilmünster. In gutbesuchter Generalversammlung gab Kollege Christoph Dietrich den Kassenbericht vom 4. Quartal 1927. Kassenbestand am 1. Januar 1928 426,76 Mk. Bei der Vorstandswahl wurde der seitherige Vorstand wiedergewählt mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden. Dieser wurde durch Kollege Jakob Weber befest. Kollege Funke von der Bezirksleitung Frankfurt referierte über Tarifangelegenheiten; ferner hielt er ein Referat über „Die Wirtschaft in Deutschland“.



Wurde. In der Generalversammlung am 14. Januar gab Kollege Reßsch den Jahresbericht. Die letzte Statistik läßt erkennen, daß sich noch ein Teil der bei der Stadt beschäftigten Arbeiter nicht in unserer Organisation befindet. Kollege Reßsch forderte deshalb alle auf, diesen Schritt zu tun. Er ersuchte die Funktionäre, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, alle uns Fernstehenden der Organisation zuzuführen, denn je stärker diese ist, um so schlagkräftiger könnten wir in das Wahl- und Kampfsjahr 1928 hineinschreiten. Anschließend behandelte Gauleiter Schuchardt die Tätigkeit des Gesamtverbandes im vergangenen Jahre. Von großer Wichtigkeit für die Arbeiterschaft sei das Arbeitszeitgesetz, sowie das Arbeitsgerichts-, das Arbeitsnachweis- und Arbeitslosengesetz. Hervorzuheben sei noch die Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Einführung des Dreischichtensystems in den Hüttenwerken. Eingehend behandelte dann Redner die Lohnbewegungen für die Gemeinde- und Staatsarbeiter im verflossenen Jahre und die immer noch nicht zur Ruhe gekommene Ruhegehörordnung. Hieraus war zu ersehen, daß unsere Verbandsleitung und Funktionäre alles getan haben, was in ihren Kräften stand. Die Neuwahl der Filialeitung ergab die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder, nur wurde an Stelle des Kollegen Naumann Kollege Speck-Machern sowie der Kollege Leonhardt vom Gesundheitswesen als Obmann des RBA. neu hinzugewählt. Aus dem Reßschbericht des Kassierers, Kollegen Richter, war zu ersehen, daß unsere Filiale gut gearbeitet hat. Den Revisionsbericht gab Kollege Lange, worauf dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt wurde. Mit der Aufforderung, auch weiterhin Schulter an Schulter tatkräftig für den Verband zu arbeiten, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Danach fand eine Befichtigung aller Wirtschaftsstämme des neuen Gewerkschaftsheimes statt.

Verst. In der Generalversammlung am 10. Januar 1928 gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Dann hielt Kollege Uebe, Magdeburg, einen Vortrag über Lohnkämpfe im Jahre 1926 und 1927. Die Neuwahl des Vorstandes ergab Otto Schmidt, 1. Vorsitzender, Paul Falkenberg, Kassierer und Otto Schuboth, Schriftführer.

Rundschau

Gesundheit und Arbeit. Die Reichsregierung hat dem Reichstag eine Denkschrift über den Stand der Volksgesundheit im Jahre 1926 zugehen lassen. Danach hat sich der Gesundheitszustand wesentlich gebessert, doch ist die Tatsache zu verzeichnen, daß die Ernährungslage noch nicht der der Vorkriegszeit entspricht. Der Konsum an hochwertigen Nahrungsmitteln ist immer noch gering, und was den Ernährungszustand der Kinder anbelangt, so läßt sich sagen, daß er in den industriellen Bezirken im allgemeinen noch viel zu wünschen übrig läßt. Auffallend ist, daß auf dem Lande in den Gegenden, wo die Kleinbauern stark vertreten sind, gewisse Mängel in der Ernährung bestehen. Diese rühren offenbar daher, daß die Kleinbauern die hochwertigen Nahrungsmittel in den Handel bringen und die minderwertigen zurückbehalten. Den umfangreichen Erörterungen über den Geburtenrückgang sind einige bemerkenswerte Tatsachen zu entnehmen. Die Geburtenziffer ist bedeutend zurückgegangen. Während im Jahre 1913 auf 1000 Einwohner 27,2 Geburten entfielen, ist sie im Jahre 1926 auf 19,5 gesunken. Die Folge davon ist, daß die Bevölkerung langsamer wächst als früher, obwohl die Zahl der Eheschließungen heute ebenso groß ist als vor dem Kriege. Was die Zahl der Sterbefälle anbetrifft, so läßt sich feststellen, daß sie erheblich gesunken ist. Ursächlich hängt dies mit der besseren Ernährung gegenüber den Inflationsjahren zusammen, und weiter mit der Tatsache, daß sich die Säuglingssterblichkeit wesentlich vermindert hat. Die Säuglingssterbeziffern auf 100 Lebendgeborene und ein volles Jahr betrug 1913 im Durchschnitt 15,1 gegen 10,1 im Jahre 1926. Den Gesundheitszustand der Kinder läßt die Denkschrift fast unerörtert, es ist daher notwendig, auf eine andere Denkschrift der Reichsregierung zurückzugreifen, die etwas früher der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde und den Namen des gegenwärtigen Innenministers von Keudell trägt, dem bekanntlich die Interessen des Agrariertums sehr nahe liegen. Nach dieser Denkschrift leiden im Kreise Deutsch-Krone 33 Proz. und in Nowawes 38 Proz. aller Kleinkinder an Rachitis. Unterernährung fand sich im Bereich des Gesundheitsamtes Wattenscheid bei 5,7 Proz. im Kreise Deutsch-Krone bei 21,6 Proz. und in Magdeburg bei 33,5 Proz. der Kinder. In einzelnen Kindergärten und Kinderheimen der Stadt Hannover waren nicht weniger als 50 Proz. der Kleinkinder völlig skorbutös. Die ärztlichen Gutachten sprechen von Blässe des Gesichts und der Schleimhäute, Schläfrigkeit der Muskulatur als Folge von Unterernährung. Unter den Schulkindern waren in Glogau 10 Proz. unterernährt, in den Kreisen Bergheim, Osnabrück und Mägen je 20 Proz., in Elbing 21 Proz., in Berlin-Schöneberg 23 Proz., im Kreise Ratibor 27 Proz., in Breslau 32 Proz., in Halle 38 Proz., in Barmen 50 Proz. und in Grube „Stadt Görlitz“ 64 Proz. In München-Gladbach waren von 1093 unterjünger Schulkindern 586 tuberkulös erkrankt. In Traunstein in Oberbayern waren 70 Proz. aller Knaben und 47 Proz. aller Mädchen unter dem ihrem Alter

entsprechenden Gewicht. Das sind Zahlen, die etwas anderes sagen. Die Gründe für diese Erscheinung liegen in der Tatsache, daß die arbeitende Bevölkerung schlechter lebt, als in solchen Denkschriften zugegeben wird. Darüber helfen keine noch so langatiligen Erörterungen hinweg. E. H.

Wie groß ist Berlin? Würden die über 4 Millionen Berliner, Schulter an Schulter nebeneinander gestellt, eine Kette von über 2000 km Länge bilden, deren Anfang in Berlin und deren letzte Glieder den nördlichsten Punkt Europas, das Nordkap, erreichen würden; und wenn wir wegen der dort herrschenden Kälte barmherziger sind und die Reihe in südlicher Richtung aufstellen, so würden die letzten Glieder unserer Kette in die glückliche Lage kommen, das südlichste Europa kennenzulernen, die äußerste Spitze Spaniens. — Berlins Umfang mißt „nur“ 234,6 km; also würde ein Schnellzug fast 3½ Stunden brauchen, um bei den 70 km Stundengeschwindigkeit ohne anzuhalten eine Reise um Berlin zu vollenden. Berlin ist eins der wichtigsten Arbeitszentren der ganzen Welt: fast ein Viertel des gesamten deutschen Aktienkapitals (19 120 959 000 Mk.) ist in der Reichshauptstadt investiert, nämlich 4 626 389 000 Mk.! Nun noch einige Angaben über die städtischen Werke: Das Kanalisationsnetz für die Brauchwasserleitung hat eine Länge von 3270,9 km, das Netz zum Ableiten des Regenwassers 1058,7 km! Diese Gesamtlänge der Kanalisation von 4329,6 km entspricht einer Entfernung von Berlin bis zur äußersten Spitze Arabiens — man könnte also die Leitung bis zum Indischen Ozean führen! Die städtischen Wasserwerke versorgen die Einwohnerschaft durch 67 217 Hausanschlüsse; auch dieses Rohrnetz hat eine recht ansehnliche Länge, nämlich 2910 km! Die städtischen Gaswerke erreichten eine Tageshöchstleistung von 1 579 000 cbm, und die Gaserzeugung im Jahre 1925 betrug eine Menge von 425 912 000 cbm! Die Berliner städtischen Elektrizitätswerke geben 661 722 113 kwh (Kilowattstunden) Strom ab, dazu kommen noch 52 591 693 kwh des Elektrizitätswerks „Stidmeß“. In diesem Zusammenhang interessieren auch die Angaben über die öffentliche Straßenbeleuchtung: 72 472 Gasflammen, 10 867 Glühlampen und 852 Bogenlampen beleuchten Berlin! Diese Lampen würden die Gasflammen in 25 m Abstand voneinander angebracht, eine Straße von über 2000 km Länge beleuchten; sie würden also die oben erwähnte Linie von Berlin bis zur Südspitze von Spanien — die wir uns von der Gesamteinwohnerschaft von Berlin besetzt dachten — vollkommen beleuchten.

Verbandsteil

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes

Unsere Verbandsmitglieder teilen wir mit, daß wir mit der Ferienheimgenossenschaft „Naturfreunde“ mit dem Sitz in Jena, Marienstr. 4, einen Vertrag abgeschlossen haben, der unseren Kollegen bei Benutzung der der Genossenschaft „Naturfreunde“ gehörenden Ferienheime besondere Vorteile bietet.

Die Verpflegungskosten stellen sich auf 3,70 Mk. einschl. Uebernachten pro Tag und Person. Kinder bis zu 14 Jahren zahlen hiervon zwei Drittel. Uebernachten allein kostet durchweg 1,— Mk. pro Bett, in den Ferienheimen Eisenhammer 80 Pf. und in dem Ferienheim Steigerhaus 70 Pf. pro Bett. Vom Uebernachtungspreis zahlen die Kinder bis zu 14 Jahren die Hälfte.

Als Ausweis zur Erreichung dieser Vorteile dient das in Ordnung befindliche Mitgliedsbuch unseres Verbandes.

Die Ferienheimgenossenschaft verfügt über folgende Ferienheime:

- Genossenschaftsferienheim in Friedrichroda (Thüringen), Grund Nr. 3/5.
- Ferienheim Eisenhammer, Post Döben (Muld).
- Ferienheim Ruldenhaus in Rautenkranz (Vogtland).
- Ferienheim Steigerhaus bei Saalfeld a. d. S., Arthur Bauer, Saalfeld, Rainweg 14.
- Wanderheim Siebshaus bei Ruhl a. d. S., Geschäftsstelle Jena, Marienstraße 2.
- Wanderheim Birschhaus bei Lambach-Dietzharz (Thüringer Wald), Will Rother, Erfurt, Alte-Fritz-Strasse 15.
- Wanderheim Spannerhaus bei Altenburg (Thüringen), Walter Prösdorf, Altenburg, Radiker Straße 11.
- Wanderheim Auerhahn bei Ruhl a. (Thüringen), Otto Braun, Ruhl a. Dornfengasse 31.
- Wanderheim „Heidehaus Neugraben“ (Eisenburger Heide), Konrad Krause, Hamburg, Defensbinderhof 48.
- Ferienheim in Frauental in Thüringen, Schmiedeselder Straße 139.

Wir ersuchen unsere Mitglieder, bei Bedarf von den Vorteilen des vorgenannten Vertrages Gebrauch zu machen und uns gelegentlich von ihren Erfahrungen zu berichten.

Der Verbandsvorstand.

Eingegangene Schriften und Bücher

Prof. Siegfried March: Reformismus und Radikalismus in der deutschen Sozialdemokratie. 48 S. Großokta. Jungsozialistische Schriftenreihe. Preis 85 Pf. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, C. m. b. H., Berlin W 30.

Nicht um eine polemische Auseinandersetzung zwischen „Reformismus“ und „Radikalismus“, zwischen demokratischer und revolutionärer Einheitsfront marxistischer Theorie und Taktik handelt es sich, sondern um eine Klärung der Begriffe um diese polare Spannung im Marxismus selbst, die ihm erlaubt, seinen von der Gegensätzlichkeit kapitalistischer Ordnung vorgeschriebenen Weg so zu führen, daß neben dem revolutionären Sturm auf die Bürgerherrschaft der Kompromiß mit ihr zum Atemholen vor immer sich erneuerndem Kampfe stehen kann. Prof. March legt das geschichtliche Werden sowohl der verschiedenen Strömungen und Abirrungen des Marxismus wie ihre ideologische Abhängigkeit von der Antithese Reform oder Revolution auf, die dem Marxismus keineswegs schloß aufzulösen gegeben ist. Zwar ergibt sich unzweideutig die Notwendigkeit revolutionärer Strategie des proletarischen Kampfes aus der Natur seines Endzieles, der Zerstörung der kapitalistischen Klassenordnung, aber es ist damit nicht abgetan die taktische Schmiegsamkeit an politisch-soziale Bedingungen der Stunde ausgeschlossen. Der Kampf der Revolution darf daher nur an der großen prinzipiellen Entscheidung sich orientieren: ob die unmittelbare soziale Besserung der proletarischen Lage auch um den Preis vorübergehender Verwässerung der Klassengegensätze erlaubt sei oder die unbedingte Ausristung des proletarischen Klassenbewußtseins die größere Gewähr für den proletarischen Endweg bietet.

Im Dienste der Freiheit! Aus sechs Jahrzehnten Kampf und Aufstieg. Von Wilhelm Bod, Gotha. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin. 72 S. Preis 90 Pf.

Wilhelm Bod, der jetzt 84jährige Veteran der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gibt in diesem Büchlein einen Auschnitt aus seinem Leben, das der Befreiung der werktätigen Massen aus politischer Knechtschaft und wirtschaftlichem Elend gewidmet war. Seine Erlebnisrückblicke sind nicht nur deswegen interessant, weil sie an das vor nunmehr fünfzig Jahren in Wirkung getretene Sozialistengesetz erinnern, sondern weil sie vor allem jene Kleinkämpfe aufzeigen, von denen man sich heute nur schwer eine Vorstellung machen kann. Bod's Wirkungsloos war Thüringen. Die aufgeschwemmte Bürgersele und die bedrückende Staatsgewalt tobten sich gegen die Sozialdemokraten aus. Gekränkt und Buchdruckstrafen, die es nur so berniederregnete, schredten die Vorkämpfer nicht ab und die Erfolge blieben nicht aus. Es werden besonders die jüngeren Arbeiter aus der Lebensgeschichte Wilhelm Bod's lernen, welche Schmierigkeiten zu überwinden waren und was die Sozialdemokratie bisher für die Arbeiterschaft geleistet hat. Aus diesem Grunde ist die kleine Schrift besonders zu empfehlen.

Geschichte der Fabrik und der Massenarbeit. Von Christian Schmitz. Band 7 der Gewerkschafts-Archiv-Schriftenreihe. 150 S. Preis 4,50 Mk. in Halbleinen gebunden. Die Bezugsnummer der Zeitschrift „Gewerkschafts-Archiv“ erhalten eine Preisermäßigung von 25% Prozent. Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena.

Die unsichtbaren Fäden, welche die moderne Fabrik mit den weltwärtigen Kassen und der Geschichte der Arbeit überhaupt verbinden, zu sehen, ist schwierig. Aber niemand erfährt wieder die Gegenwart, wenn er sie nicht kennt als den Weitergang langer Jahrhunderte und jahrhundertjähriger Gewordenheit. Aber auch jede Zeit hat wieder ihr besonderes Wesen. Dies gilt auch über das Werden der Fabrik. Die vorliegende historische Untersuchung soll allen Arbeitenden, allen gewerkschaftlich und wirtschaftlich Interessierten helfen, ihre Lage, Interessen und Gemeinsamkeiten historisch zu verstehen. Besonders Betriebsräte und anderen Funktionären der Arbeiterbewegung soll sie ein Helfer und eine Art historischer Leitfaden sein, an dessen Hand man sich im Labyrinth der geschichtlichen Gewordenheit zurechtfindet.

Hermann Thurow: „Flug in die Welt.“ Gedichte. 48 Seiten. Aus der „Reihe der deutschen Arbeiterdichter“, Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61. Preis broschiert 80 Pf., geb. 90 Pf., Halbleder 2,50 Mk.

In der Reihe seiner schönen Gedichtbändchen hat jetzt der Arbeiterjugend-Verlag eine Sammlung von Gedichten Hermann Thurow's erscheinen lassen. Wenn die proletarische Abkammerung, selbstverständlich neben der entsprechenden weltanschaulichen Einstellung auch vor allem dem künstlerischen Können für die Begeisterung Arbeiterdichter ausschlaggebend ist, dann trägt Hermann Thurow diesen Ehrentitel mit dreifachem Recht. Als Kind armer Rittersleute in einem kleinen schlesisch-hohleimischen Dorf geboren, zog er in jungen Jahren als Malergeselle in die Welt, viel zu lange Zeit in der Schweiz, in Frankreich und in Ägypten auf und landete schließlich kurz vor dem Krieg in Basel, wo er in der Zentrale der schweizerischen Konsumvereine eine seinen literarischen Fähigkeiten entsprechende Stellung fand. Früh schloß er sich auch der sozialistischen Bewegung an, arbeitete an der deutschen, schweizerischen und französischen Arbeiter- und Massenzeitung mit und veröffentlichte eine Anzahl literarischer Werke, die nur deshalb in Deutschland weniger bekannt ge-

worden sind, weil sie meist im Ausland erschienen. Der Arbeiterjugend-Verlag aber erwirbt sich ein Verdienst, daß er jetzt in diesem Auswahlbändchen den Dichter einem größeren deutschen Lesepublikum vorführt, das sicherlich seinem Schaffen die Anerkennung nicht versagen wird, die es wegen seiner hervorragenden künstlerischen und rein menschlichen Werte verdient. Finden sich doch unter diesen formvollendeten, von hohem dichterischem Schwung getragenen Versen Gedichte, die an die Naturkritik Goethes heranreichen, während die sozialen Dichtungen sich den besten Ergüssen unserer bekannten Arbeiterdichter an die Seite stellen dürfen.

Prof. Dr. Anna Siemen: Das Buch der Mädel. Herausgegeben von der Urania-Verlags-Gesellschaft trotz reicher Illustrierung in Halbleinen nur 2,50 Mk.

Mit der Herausgabe dieses Buches wird sich die „Urania“ wieder viele tausende Herzen und Hirne erobern. Es ist aber auch wirklich eine Tat gegenüber der fetten, honigsüßen Paddschliteratur, ein stilvolles, verantwortungsbewusstes Buch für das proletarische Mädel herauszugeben, das durch die wundervolle Zusammenstellung packender Erzählungen über die Frau im Wandel der Zeiten und Völker Verständnis für das Werden und den Aufstieg der Frau vermittelt. Ein Buch der Mädel, werden viele bei der Ankündigung dieses wirklich empfehlenswerten Buches fragen? Wozu ein besonderes Buch für Mädel? Heute steht doch die große weite Welt den Mädeln sowohl wie den Juhren offen. Trotzdem — ist es nicht immer so gewesen. Durch lange Jahrtausende und fast auf der ganzen Erde hat die Frau ganz andere Schicksale gehabt als der Mann, — es ist ihr dabei oft recht erbärmlich schlecht gegangen. Vieles von ihrem eigenen Leben können wir auch heute nur verstehen, wenn wir ein wenig wissen von dem Leben der Frauen auf Erden und wie, wunderbar genug, ihr Schicksal und ihre Arbeit sich verwandelt hat. Die schönen Geschichten dieses Buches handeln alle davon. Es sind deshalb wahrhaftige Geschichten vom wirklichen Leben, auch wenn sie äußerlich wie Märchen aussehn. Märchen also der Wirklichkeit, das große Märchen vom Aufstieg und der Befreiung der Frau, das wir alle selber jetzt miterleben und in dem uns alle ein Anteil an den Laten und Ergebnissen zugefallen ist. Wer sein Kind lieb hat und ihm im späteren Leben bittere, manchmal nicht abwendbare Enttäuschungen ersparen will, greife zu diesem Buch. Wer will, daß das Mädel und die Frau verständnisvoll dem heutigen Weibchen gegenübersehen soll und in ihnen den Willen nach gerechterer Gestaltung des heutigen Zusammenlebens der Menschen wecken will, lege ebenfalls vertrauensvoll dieses Buch in die Hände der Mädeln und der Frauen.

Ortsverwaltung Danzig.

Die Stelle eines Angestellten als

Kassierer

ist sofort zu besetzen. Bewerber muß seit 1919 freigewerkschaftlich organisiert, körperlich gesund, mit kassentechnischen Arbeiten vertraut, in der Agitation tüchtig sein. Anstellung nach Probezeit von drei Monaten. Eigenhändig geschriebener Lebenslauf, Zeugnisse, kurze Abhandlung über Tätigkeit und Pflichten eines Angestellten sind bis zum 15. 2. 1928 einzusenden an die

Ortsverwaltung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter Danzig, Karpatenstraße 26, I.

Einbanddecken u. Inhaltsverzeichnisse für „Die Gewerkschaft“ 1927

werden wieder in der bekannten Ausführung hergestellt; bezugnehmend auch für „Die Sanitätskarte u. Beamten-Gewerkschaft“. Die Inhaltsverzeichnisse werden kostenlos geliefert. Die Einbanddecken werden zum Selbstkostenpreis von 75 Pf. abgegeben. Ungebundene Jahrgänge der Verbandszeitungen, auf gutem Papier gedruckt, sind ebenfalls lieferbar und kostet „Die Gewerkschaft“ und „Beamten-Gewerkschaft“ je 2,50 Mk., „Die Sanitätskarte“ 2.— Mk. In Originaleinband gebunden, kostet „Die Gewerkschaft“ und „Beamten-Gewerkschaft“, auf gutem Papier gedruckt, Ganzleinenband, je 4,25 Mk., „Die Sanitätskarte“ 3,75 Mk. Bestellungen, die in der Reihe Ihres Eingangs sofort nach Fertigstellung der Einbanddecken erledigt werden, bitten wir zu richten an die Expedition

„Die Gewerkschaft“ Berlin SO 36
Schlesische Straße 42

Vortrag des Bibliographischen Instituts, Leipzig

Sobald erscheint
In lebender, neubearbeiteter Auflage

MEYERS LEXIKON

12 Halblederbände

Über 160000 Artikel auf 21000 Spalten Text, rund 5000 Abbildungen und Karten im Text, über 1000 z.T. farbige Bildertafeln und Karten, über 200 Textbeilagen
Bd. I, II, IV bis VII kostet je 30 Rm., Bd. III 33 Rm.

Sie beziehen das Werk
durch jede gute Buchhandlung
und erhalten dort auch kostenfrei
ausführliche Ankündigungen

Bielefelder Fahrräder

liefern in erstklassiger
Qualität zu Fabrikpreisen
E. u. P. Stricker
Fahrradfabrik
Brackwedde-Bielefeld
Katalog kostenfrei, Vertreter
gesucht, Lieferant
an Behörden, Fabriken,
F. Vereine usw.

6 Monatsraten
bewilligt wir Beamten &
langjährigem Anstellungsm.
Schuhe aller Art
Praxis Nr. 203 groß
Offert. A. Stein & Co.
Nürnberg, Rennweg!

Sprechmaschinen

aus 12 Marken
ist
die
Qualität
auch gegen bequeme
Raten. Alle sonstigen
Musikinstrum. Nürn-
berger Spielwaren.
Katalog kostenlos (F)
„Harmonik“-Ges., Halle 3, 111

Unsere Leser erhalten 1 Mk. Nachlos und eine Kapsel gratis
bei Einwendung dieses Inserats und Bestellung
einer Uhr zum Preise von 6.50 Mk. oder mehr

Reklamepreis nur 4,- Mk.



echte deutsche Herren-Arkeruhr Nr. 82, stark vernickelt,
30 stündiges Werk, genau reguliert, nur 1.000
Nr. 83 dieselbe mit Schmalz nur 1.000
Nr. 84 dies. echt vernickelt m. Goldrand u. Schmalz nur 1.000
Nr. 85 dieselbe mit besserem Werk nur 1.000
Nr. 86 mit Sprungdeckel, ganz verguldet nur 1.000
Nr. 39 Damenuhr, vernickelt mit Goldrand nur 1.000
Nr. 79 dieselbe, kleines Format nur 1.000
Nr. 81 dieselbe, echt Silber, 10 Stüber nur 1.000
Metall-Uhrkapsel nur 0.25
Panzerkette, vernickelt 0.50 M., echt vernickelt nur 1.000
echt verguldet nur 2.00 M., Golddoublekette nur 5.000
Nr. 47 Armbanduhre mit Riemen nur 8.000
Nr. 44 dieselbe, kleinere Form mit besserem Werk nur 12.000
Nr. 22 Wecker, prima Messingwerk nur 8.000
Uhren-Kasse, Berlin 29, Zossener Str. 8 (F)

Musik-Instrumente

aller Art in bester Qualität liefert auch
auf Teilzahlung



Clemens Neuber
Musikwaren-Fabrik (F)
Klingenthal i. Sa. 618

Vertreter

gesucht für weltbekanntes Markenrad,
15% Prov. Erste Referenzen erforderlich.
Event. Musterlager. Angeb. unt. 29 403
an Krieger-Dank G. m. b. H., Annon-
Expeditio, Berlin SW 11 (F)

TRINKE KAFFEE NUR VON WESTPHAL

Gerösteter Kaffee, (F)
rein schmeckend, frisch geröstet.
Pfd. RM 275
5 Pfd. portofrei zur Probe
Westphal-Mischung, Pfd. RM 0,75
Kaffee-Ersatz-Mischung,
Blechdose mit ca. 8 1/2 Pfd. Inhalt,
portofrei RM 6,60
Versand portofrei gegen Nachnahme.
Bei Nichtgefallen Zurücknahme.

Gustav Westphal, gegr. 1897
Altona 724, Hamburg

Hoch- dick
feines Pflaumenmus u. 50g
(F) Ztr. 31,- Eimer 25 Pfd. 8,- 10 Pfd. 3.50
Vierfr.-Marm. 25,- 10,- 10,- 4.20
einschl. Gefäß. Nachn. ab Magdeburg. Preis! grat
Jaenicke & Heister, Magdeburg 48



Wir liefern überall in
una. erstklassige Mandol.
Laut. Gitar., Violinen
Sprechapparate, Platt.
Bandolons, Zithern
Harmonikas, Uhren, Photo Apparate
5 Tage zur Probe
mit bedingungslos. Rücksendungsrecht
bei Nichtgefallen gegen be-
queme Woche-rat von nur 1.000
Illustrierter Katalog A gratis u. fre.
Walter H. Gartz post. 844 A Berlin S 42
Alexandrienerstr. 97
Zweig Niederl. Köln,
Friesenplatz 16. 827



In Alpacka, m. 90 gr. Silberanfang
und massiv Silber lief. wir direkt an
Private zu Fabrikpreisen
8 Tage zur Ansicht, 6 Monate Ziel
Nur erstklassige Qualität. Verlang. Sie bitte
Katalog und Muster unverbindlich von
E. & C. Hartkopf, Merscheid-Solingen 33
Stahlwarenfabrik und Silberwaren (F)
Gründungs-jahr 1835. Langjährl. Lieferant der Post- u. Bahnbetriebe.

Alpaca- u. Silber-Bestecke

liefern direkt an Private
6 Monate Kredit (F)
M. Haas & Co. Fabrik feiner
Tafelbestecke Mettmann 31
Fordern Sie Muster u. Kataloge.

Teilzahlung! Katalog frei!

Photogr. Apparate

Katalog A (F)
Uhren, Goldwaren,
Brillanten, Metallwaren
Katalog B

L. Römer,
Altona-Othmarschen 13

Lesst die Urania

Echter
Hanewacker
der berühmte Nordhäuser
Kautabak (F)

Eisen- Me- tall - Besten, Ninder-
Stahlmairaten, günstig an Private. Katalog
147 freil. Eisenmöbel-Fabrik Suhl (Tür.)

Holzbaracken * Holzhallen

auf Abbruch von großer Berliner Baufirma
gegen bare Kasse zu kaufen gesucht
Angebote an (F)
BAUKAEMPER, Berlin W 35
Potsdamer Straße 31

Größte Produktion der Welt!



OPEL